



Informationsdienst  
des Bayerischen  
Bauindustrieverbandes e.V.  
Sept./Okt. 02 · 47. Jahrgang

**9/10**

**i.d.**



**Bayerische  
Bauindustrie**

**Impulse**  
Grundrecht Mobilität ..... 2

**Bauwirtschaft und Konjunktur**  
Schlechte Julizahlen vergrößern  
Auftragsminus am Bau in Bayern ..... 3  
ifo-Geschäftsklima Bau: Schaubilder ..... 5  
Baumarkt in West- und Ostdeutschland  
bereits weitgehend angeglichen ..... 6

**Bauen und Umwelt**  
Die Jahrhundertflut:  
Schnell helfen – wirksam vorbauen! ..... 7

**Aus fremder Feder**  
Können wir uns vor Hochwasser schützen? ..... 8

**Bauen in Bayern**  
Baurelevante Aktivitäten  
der bayerischen Wasserwirtschaft ..... 9

**Umweltschutz**  
Das Elbe-Hochwasser ..... 12

**Unternehmensführung**  
Unternehmensfinanzierung auf dem Prüfstand ..... 14

**Bildung**  
Junge Führungskräfte gezielt für Akquisition rüsten ... 16  
Baubetriebliches Wissen für Kaufleute ..... 17

**Recht**  
Aktuelle Rechtsprechung ..... 18

**Aktuelles** ..... 20

**Persönliches** ..... 21

**Vorschau** ..... 23

**Statistik** ..... 24



**Impressum**  
Herausgeber:  
Bayerischer  
Bauindustrieverband e.V.  
München

Verantwortlich für den Inhalt:  
Rechtsanwalt Gerhard Hess

Redaktion:  
Dr. Benedikt Rüdhardt

Titelfoto: Helmut Bergtold

Ein Land wird gut regiert, wenn es einfach regiert wird. An den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen entlang. Indes, es wird kein Land mehr gut regiert: Der Mensch eigentlich, Sinn und Maß obrigkeitlichen Handelns, ist aus dem Blick geraten, ist der Anmaßung der Regierenden ausgesetzt, besser als er selbst zu wissen, was für ihn gut zu sein habe.

Zu allen Zeiten, besonders in unseren, hat das Verwerfungen und Unruhe gebracht, denn die Regierten pflegten nie auf Dauer zu wollen, was sie wollen sollten. Verordneter Gleichschritt lässt sich nicht ewig durchhalten.

Was man so immer als Obrigkeit bezeichnete, hat stets das strukturelle Streben gehabt, private Freiräume und Freiheiten einzuzäunen

und Menschen in der konsumptiven Falle zu fangen, um sie gegen ihre eigenen Bedürfnisse auf Linie zu bringen. Und zum staatlichen Zugriff gehört, dass er ständig rabiater wird.

Wäre es nicht so, dann könnte es sehr einfach sein, den Bedürfnissen der Menschen zu dienen (!) und die vorhandenen Probleme zu lösen.

Denn der Mensch lebt zwar zunächst vom Brot, er lebt und existiert aber mehr von dem, was man vorausschauend für ihn investiert.

In jenes Mindestmaß an Infrastruktur, das seine Zukunft ist und damit in das Fundament, auf dem er morgen stehen können muss.

Was Menschen wollen und brauchen, steht bei zu vielen Obrigkeiten noch zu wenig im Kurs. Dass sie Freiheit suchen, Freiräume, Selbstbestimmung. Dass sie gehen können, wohin sie wollen und wann sie wollen. Dass Mobilität ein elementares Bedürfnis ist, ein Grundrecht – man muss es „denen da oben“ erst noch klarmachen.

Wenn der Bau sich für Straßen einsetzt, für Schienentrassen, Brücken und Kanäle, tritt er für die Lebensmöglichkeiten der Menschen ein und für ihre Selbstbestimmung. Wenn die Regierenden Deutschlands Infrastruktur – ein gewaltiges, zu hegendes und zu pflegendes Anlagevermögen – auf den Hund kommen lassen, handeln sie gegen Selbstbestimmung und Lebenschancen. Natur und Schicksal bringen uns schon mal bei, was derlei bedeutet. Wenn die Infrastruktur eines Landes weggeschwemmt wird und wir bitter erfahren, was das ist: Leben ohne Infrastruktur. Die Regierenden hätten zu lernen, dass Mobilität Grundrecht und Grundbedürfnis ist und die Infrastruktur ihr Rückgrat, dessen Verletzung alles, aber auch alles lähmt.

Was Mobilität für den Menschen bedeutet und dass er von ihr lebt – nun, man kann vielen Regierenden manches nachsagen, aber nicht, dass sie das wüssten. Es wäre so einfach. Probleme erkennen – akzeptieren – lösen. Mit der Erfahrung, die der Bau hat, geht das.

Mit der Kunst der Ingenieure. Mit der Orientierung am Menschen und der Umwelt. Mit dem täglichen Nachweis schließlich, dass Bau- und Infrastrukturpolitik eigentlich Zukunftspolitik ist. Nicht Steuererhöhungen für gestern unterlassene Investitionen. Sondern höhere Investitionsquoten an den heutigen Einnahmen für morgen (s. auch S. 20: Deutscher Staatskonsum: Auf Kosten der Zukunft)! Nichts anderes.

# Grundrecht Mobilität

**Von Rechtsanwalt Gerhard Hess  
Hauptgeschäftsführer des Bayerischen  
Bauindustrieverbandes e.V.**

# Schlechte Julizahlen vergrößern Auftragsminus am Bau in Bayern

Drastische Rückgänge der Aufträge in den Monaten Juni und Juli im Vergleich zu den Vorjahresmonaten haben in Bayern das bislang seit Jahresanfang zu verzeichnende Auftragsplus weg schmelzen lassen und dieses in ein Minus von nunmehr 7,4 % verwandelt. Damit wird das Jahr 2002 auch in Bayern zu einem weiteren Rezessionsjahr der Baubranche. Anfängliche Hoffnungen auf ein leichtes Umsatzplus haben sich damit ebenfalls zerschlagen.

Im Hochbau hat sich bei den Baugenehmigungen für Wohn- und Nichtwohngebäude (gemessen in Kubikmeter umbauten Raumes) seit Jahresanfang ein Minus von 6,9 % gegenüber Vorjahr angesammelt. Die allgemeine Konjunkturschwäche führte zu einem Rückgang der Genehmigungen für Wirtschaftsgebäude in Höhe von 14,4 %. Für öffentliche Gebäude wurden um 6,8 % weniger Genehmigungen erteilt.

In Bayern nahmen die eingegangenen Neuaufträge von Januar bis Juli um 7,4 % gegenüber Vorjahr ab. Für das Auftragsminus sind der um fast ein Drittel im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Juni-Monatswert sowie der darauf folgende erneute Einbruch um 22,1 % im Juli verantwortlich.

Von Januar bis Juli ergibt sich somit im Detail folgendes Auftragsbild: Der Wirtschaftsbau weist trotz seiner ebenfalls schlechten Juni- und Juliwerte noch ein kleines Plus von 0,2 % auf. Im Öffentlichen Bau hat sich nunmehr ein Auftragsminus von 9,3 % angesammelt, wobei der Straßenbau einen Auftragszuwachs von 3,6 % aufwies. Im Öffentlichen Hochbau war ein Minus von 13,3 % zu verzeichnen, im Sonstigen Tiefbau ein Rückgang von 16,4 %. Der Wohnungsbau blieb mit einem Auftragseinbruch von 16,3 % die schwächste Sparte.

Die Streiks Anfang Juni und die schlechten Julizahlen haben sich negativ auf die Umsätze der Bauunternehmen ausgewirkt. Der von Januar bis Juli kumulierte Umsatz lag in Bayern um 5,2 % unter dem Vorjahreswert. Die im Wirtschaftsbau tätigen Bauunternehmen mussten einen Umsatzrückgang von 3,0 % hinnehmen, im Öffentlichen Bau war es ein Minus von 7,1 %. Innerhalb des Öffentlichen Baus nahmen die Umsätze im Hochbau um 1,6 % zu, im Straßenbau gab es einen leichten Rückgang um 0,8 %. Im Sonstigen Tiefbau blieben die Umsätze um 11,7 % unter Vorjahr. Ein Umsatzminus von 5,9 % mussten die im Wohnungsbau tätigen Bauunternehmen hinnehmen.

Von Januar bis Juli nahm die Beschäftigung am Bau in Bayern um 8,3 % ab auf 154.754 Ende Juli. Infolge der allgemeinen Konjunkturschwäche finden viele der davon betroffenen Bauarbeiter auch in Bayern keine anderweitige Beschäftigung mehr. Sie bleiben arbeitslos. Seit zwei Jahren nimmt die Anzahl arbeitsloser Bauarbeiter in Bayern wieder zu, ein Zuwachs von 41,3 % seit Juli 2000.

**Schlechte Juni- und juliwerte haben Auftragsplus in Bayern ausgelöscht**

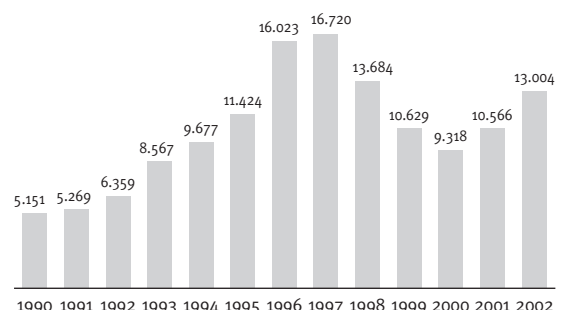
**Um 10,6 Prozent weniger Baugenehmigungen als im Vorjahr**

**Aufträge in Bayern von Januar bis Juli um 7,4 Prozent unter Vorjahr**

Anzahl arbeitsloser Bauarbeiter steigt auch in diesem Jahr weiter an

**Im August in Bayern um 3.716 weniger arbeitslose Bauarbeiter als 1997, aber Anstieg der Arbeitslosenzahl um 3.686 im Vergleich zu 2000**

Arbeitslose Bauarbeiter in Bayern – Stand jeweils Ende August

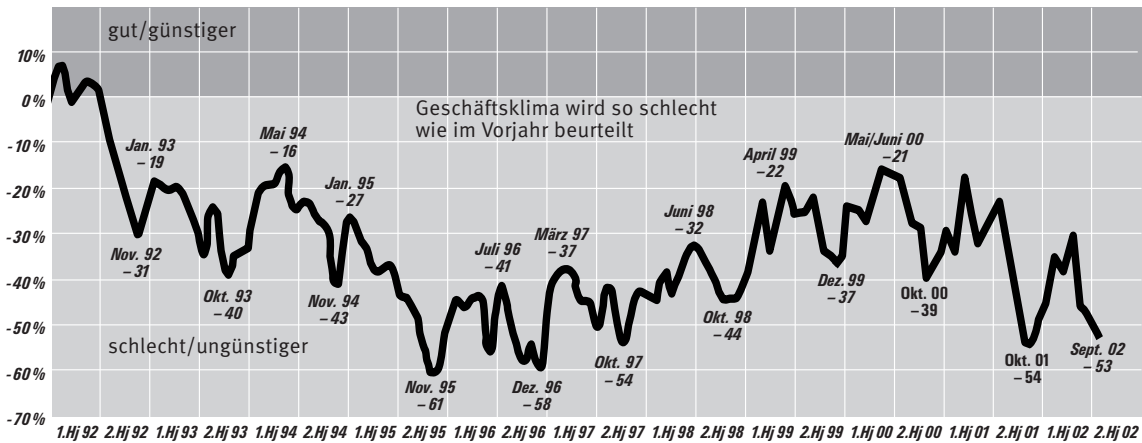


Quelle: Landesarbeitsamt Bayern

- Geschäftslage und Erwartungen werden weiterhin schlecht beurteilt** Das Geschäftsklima in der bayerischen Bauindustrie wird im September so schlecht wie im Vorjahr, unmittelbar nach den Anschlägen in New York beurteilt.
- Die Geschäftslage wird schlechter als im Vormonat und noch pessimistischer als im Vorjahr eingeschätzt. Als gut beurteilen sie 3 % der Unternehmen (September 2002: ebenso). Von einer weiter verschlechterten Geschäftslage berichten 70 %, im Vorjahr waren es 69 %. Der Saldo der Lagebeurteilung beträgt damit – 67 % (September 2002: – 66 %).
  - Von einer günstigen Entwicklung ihrer Bautätigkeit berichten 5 % der Unternehmen (September 2001: 13 %), 45 % dagegen von einer weiteren Verschlechterung (Vorjahr: 22 %).
  - Die nähere Zukunft wird weiter mit großer Sorge betrachtet. Keine der befragten Firmen erwartet innerhalb der nächsten 6 Monate, also bis März 2003, eine Besserung ihrer derzeitigen Lage (Vorjahr: 1 %). Eine weitere Verschlechterung befürchten 38 % der Unternehmen, im Vorjahr äußerten 40 % diese Sorge. Insgesamt wird die Geschäftslage innerhalb des kommenden Halbjahres mit einem Saldo von – 38 % ähnlich schlecht wie im Vorjahr (– 39 %) beurteilt.
- ifo-Sonderumfrage: Verstärkter Einsatz von Subunternehmern und von Leihgeräten** Auf die Sonderumfrage des Ifo-Instituts nach dem Einsatz von Leihgeräten und von Subunternehmern zur Ausführung geräteintensiver Arbeiten gaben 86 % der Unternehmen der Bauindustrie eine bejahende Antwort (Bauhauptgewerbe: 85 %).
- Als dahinter stehendes Motiv gaben an:
- 49 % der Unternehmen der Bauindustrie: in erster Linie zum Ausgleich kurzfristiger Kapazitätsengpässe (Bauhauptgewerbe: 36 %).
  - 81 % der Unternehmen der Bauindustrie: in erster Linie Spezialarbeiten, die Subunternehmer günstiger durchführen können (Bauhauptgewerbe: 71 %).
  - Von der gesamten Gerätekapazität entfielen in der Bauindustrie 11,2 % auf Leihgeräte (Bauhauptgewerbe: 11,3 %). Dabei betrug der Anteil der länger als ein Jahr angemieteten Verträge an der vorhandenen Gerätekapazität 3,4 % (Bauhauptgewerbe: 2,8 %).
  - Die Neigung, Geräte anzumieten hat sich bei 38 % der Unternehmen der Bauindustrie in den letzten Jahren verstärkt (Bauhauptgewerbe: 41 %), bei 3 % vermindert (Bauhauptgewerbe: 5 %). Nur wenig erhöht hat sich per saldo die Neigung, Geräte längerfristig anzumieten. 21 % der bauindustriellen Unternehmen taten dies vermehrt (Bauhauptgewerbe: 16 %), aber 14 % reduzierten dies (Bauhauptgewerbe: 12 %).
  - Auf geräteintensive Subunternehmerleistungen entfielen in der Bauindustrie 6,1 % des Umsatzes (Bauhauptgewerbe: 6,5 %).
- Auch 2002 wird kein gutes Baujahr** Nach den starken Auftrags- und Umsatzrückgängen steht fest: Auch das Jahr 2002 wird ein weiteres Rezessionsjahr des Baus. Bundesweit ist es das achte in Folge, in Bayern nur durch die kurzzeitige Erholung der Jahre 1998/99 unterbrochen.
- Der Bau leidet unter der schwachen Konjunktur. Deutschland wird in diesem Jahr nur ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von weniger als 0,5 % erreichen. Diese Wachstumschwäche schlägt überproportional auf den Bau durch. Denn wenn Umsätze; damit Erträge und in der Folge bei den Haushalten Einkommen ausbleiben, wird in der Regel bei den Investitionen gespart. So trifft es den Bau. Nicht anders ist es im öffentlichen Bereich. Rückläufige Steuereinnahmen, höhere Ausgaben infolge zunehmender Arbeitslosigkeit lassen die Defizite ansteigen. Besondere Sorgen bereitet hier die schlechte Finanzsituation der Kommunen, mit einem Anteil von 62 % größter öffentlicher Bauauftraggeber. In der nächsten Legislaturperiode muss schnellstens eine nachhaltige Lösung für die Kommunalfinanzierung gefunden werden. ■

## Unternehmereinschätzung Geschäftslage und Geschäftserwartungen (nächste 6 Monate)

Durchschnitt gut/schlecht und günstiger/ungünstiger in Prozent

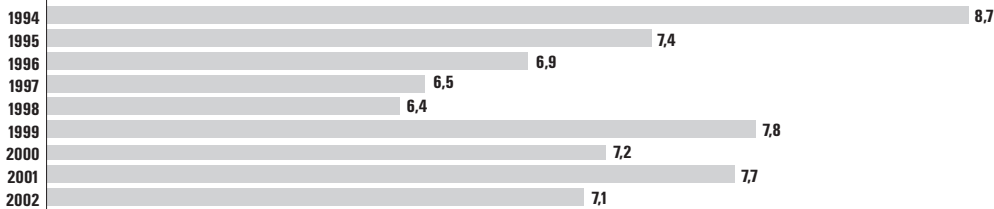


Quelle: ifo-Konjunkturtest Bau Bayern

## Jetzt auch in Bayern Minus bei Neuaufträgen, anhaltender Rückgang in Westdeutschland ohne Bayern

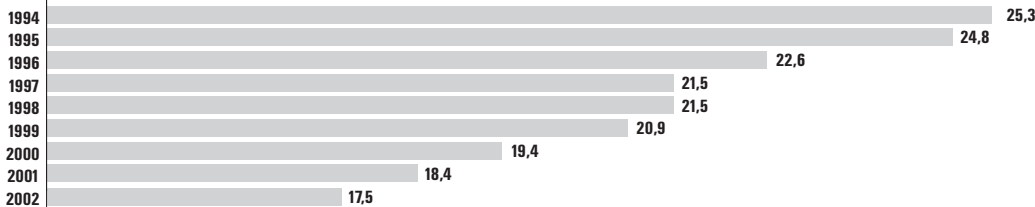
In Bayern Auftragseingänge nach schlechten Julizahlen nun um 7,4 % unter Vorjahr; im Durchschnitt der anderen Westländer kontinuierlicher Rückgang seit 1994. Auftragseingänge jeweils Januar – Juli, in Mrd. EUR

### Bayern



2002/1994: insgesamt – 1,6 Mrd. EUR; – 18,3 %

### Westdeutschland ohne Bayern



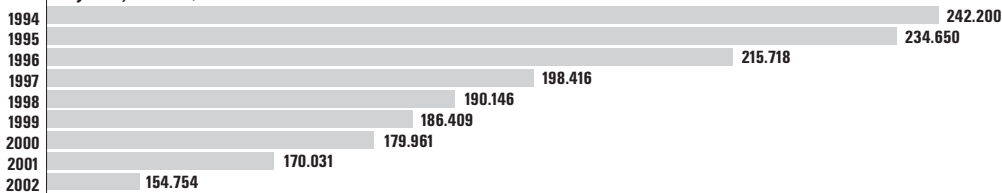
2002/1994: insgesamt – 8,0 Mrd. EUR; – 30,9 %

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Statistisches Bundesamt; Bauhauptgewerbe, Abgrenzung NACE WZ 93; Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten; 1994 der Abgrenzung angepasst.

## Abbau der Arbeitsplätze am Bau setzt sich beschleunigt fort

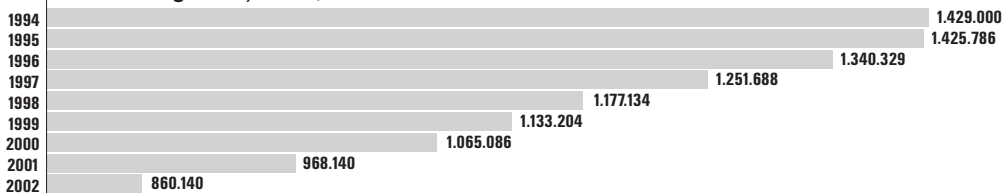
Auch in Bayern Zahl der Arbeitsplätze im Juli wieder verstärkt zurückgegangen

### Bayern jeweils Juli



2002/1994: insgesamt – 87.450; – 36,1 %

### Deutschland gesamt jeweils Juni



2002/1994: insgesamt – 568.860; – 39,8 %

Quelle: Amtliche Statistik, Bauhauptgewerbe, Abgrenzung NACE WZ 93; 1994 auf diese Abgrenzung umgestellt, Werte 2001 vorläufig.



# Baumarkt in West- und Ostdeutschland bereits weitgehend angeglichen

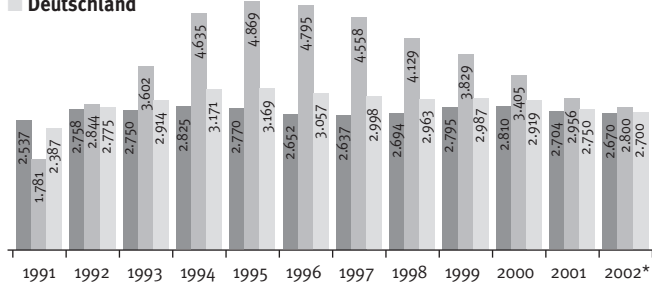
## Bauinvestitionen je Einwohner in Ost und West weitgehend angeglichen

Der deutsche Baumarkt ist zweigeteilt – bislang. In den neuen Bundesländern waren die Bauinvestitionen pro Einwohner in der Spitze 1996 um mehr als 80 % über denen in Westdeutschland. Dieses ungewöhnlich hohe Niveau von bis zu 4.870 € je Einwohner war aber nicht Ergebnis von Marktkräften, sondern durch die steuerliche Begünstigung von Bauinvestitionen im Osten „künstlich“ verursacht. Mit dem Wegschmelzen der steuerlichen Ostförderung nahmen auch die im Osten getätigten Bauinvestitionen je Einwohner ab. Von ihrem Höchststand von 4.870 € im Jahre 1995 sanken sie auf 2.956 € im Jahr 2001, ein Rückgang um 39,3 %. 2001 übertrafen sie das Niveau in den westlichen Bundesländern nur noch um gut 9 %. Damit ist der Anpassungsprozess in der Bauwirtschaft West- und Ostdeutschlands schon recht weit fortgeschritten. Und im laufenden Jahr werden sich die Werte weiter annähern, wenn auch die Unterschiede noch nicht gänzlich verschwinden werden. Die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland wird aber weniger als 5 % ausmachen. Damit dürfte der Schrumpfungsprozess der Bauwirtschaft im Osten weitgehend abgeschlossen sein. Mit dem Erreichen der Talsohle wären gute Voraussetzungen für einen Wiederaufschwung am Bau geschaffen.

## Indiz für baldiges Erreichen der Talsohle am Bau Anpassungsprozess im Osten 2002 fast abgeschlossen

### Bauinvestitionen je Einwohner in Deutschland, in EUR, 2002 Prognose

- Früheres Bundesgebiet
- Neue Länder und Ost-Berlin
- Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

## Aktuelle Nachfrageschwäche verhindert Erholung am Bau

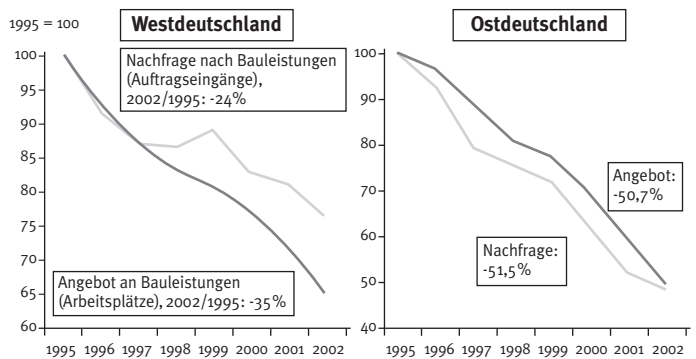
Derzeit sind aber keine Anzeichen für eine anziehende Baunachfrage erkennbar. Im Gegenteil, deutschlandweit weisen die Auftragszahlen nach unten. In den öffentlichen Haushalten stehen die Zeichen auf weitere Einsparungen, private Bauherren halten sich aufgrund der allgemeinen Konjunkturschwäche ebenfalls zurück.

## Kapazitätsanpassung übertraf zuletzt Nachfragerückgang

Auf den dramatischen Rückgang der Nachfrage nach Bauleistungen seit 1994, dem letzten guten Baujahr, mussten die Baufirmen konsequent und nachhaltig reagieren. Sie haben sich diesen Erfordernissen gestellt und sie bewältigt. Deutschlandweit war die Bauwirtschaft gezwungen, als Reaktion auf den Rückgang der Bauaufträge um rd. 32 % die Anzahl der Bauarbeitsplätze seit 1994 um 570.000 und damit fast 40 % zu verringern. Bundesweit gab es Ende Juli 2002 nur noch gut 860.000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft. Mit der im Vergleich zum Auftragsrückgang um 8 Prozentpunkte schnelleren Rückführung der Baukapazitäten hat die deutsche Bauwirtschaft einen wichtigen Schritt hin zu einem besseren Baumarkt getan.

## Deutschland auf dem Weg zum bonitären Baumarkt Kapazitätsabbau im Westen stärker als Auftragsrückgang

Die deutsche Bauwirtschaft reagiert aktiv auf den drastischen Rückgang der Aufträge in den letzten Jahren: die sich zuletzt immer weiter öffnende Schere zwischen Angebot und Nachfrage nach Bauleistungen öffnet die Chance auf einen künftig wieder besseren Baumarkt



Quelle: Bundesamt für Statistik Wiesbaden

## Anpassung vor allem im Westen

Die Überanpassung der Kapazitäten an den Auftragsrückgang vollzog sich allerdings in West- und Ostdeutschland nicht zu gleichen Teilen, sondern der Westen hat diese Anpassungsleistung hauptsächlich auf sich genommen. So nahm im Durchschnitt der alten Bundesländer die Nachfrage nach Bauleistungen von 1994 bis 2002 um 24 % ab, das Angebot an Bauleistungen wurde aber um 35 % abgebaut. Im Osten blieb der Kapazitätsabbau andererseits leicht hinter dem Auftragsrückgang zurück. Dort nahmen die Aufträge seit 1994 um 51,7 % ab, die Kapazität verminderte sich jedoch nur um 50,7 %.

# Die Jahrhundertflut: Schnell helfen – wirksam vorbeauen!

## Den Menschen helfen

Die Jahrhundertflut mit ihren gewaltigen Schäden vor allem in Sachsen, aber auch in Teilen Bayerns ist in erster Linie eine Katastrophe für die betroffenen Menschen, Unternehmen und Kommunen. Sie zwingt zu schneller, kompetenter und wirksamer Hilfe.

### Flutschäden an Bauwerken und Infrastruktur

Schienenwege	0,85 Mrd. €
Straßen	1,1 bis 1,2 Mrd. €
Wohngebäude	4 bis 6 Mrd. €
Gas- und Wasserversorgung, Abwasserentsorgung	1 bis 2 Mrd. €

Hinzu kommen Schäden an öffentlichen Gebäuden, Wirtschaftsbauten und Deichen.

*Vorläufige Bestandsaufnahme,  
Stand: Anfang 9/02  
Quelle: Hauptverband der Deutschen  
Bauindustrie*

## Der Infrastruktur höheren Stellenwert geben

Trotzdem: Über die Aufbauanstrengungen darf eines nicht vergessen werden: Die Frage nach den konkreten Ursachen für fehlenden Schutz. Den notwendigen, aber bisher im Ansatz nur kurzfristigen Aktionen der Bundesregierung zur Bewältigung der Hochwasserschäden sollte ein Konzept der Nachhaltigkeit entgegengesetzt werden. Wenn das infrastrukturelle Rückgrat unserer Gesellschaft – Straßen, Brücken, Schienenwege, Versorgungseinrichtungen – einfach weggeschwemmt wird, macht das den überaus hohen Stellenwert deutlich, der einer gut ausgebauten und funktionierenden Infrastruktur zukommen muss. Hat diese in der bisherigen Bundespolitik das notwendige Gewicht erfahren?

## Ohne Investitionen fehlt der Schutz

Die Lehre der Flutkatastrophe: Unterlassene Infrastrukturmaßnahmen – sei es im Deichbau oder der städtischen Kanalisation – kommen Menschen, Staat und Wirtschaft teuer zu stehen. Es wäre weit besser, durch eine intakte Umweltinfrastruktur für den Ernstfall vorzusorgen, als sich durch falsche öffentliche Sparsamkeit Umweltkatastrophen hilflos anzuliefern.

## Positive Beispiele in Bayern

Der Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes fordert deshalb jüngst: „Es darf sich nicht wiederholen, dass unterlassene Investitionsmaßnahmen solche Hochwasserkatastrophen herbeiführen können.“ Positiv nannte er den Brombachspeicher, der ganze Landschaften vor Überschwemmungen schützt, und den Sylvensteinspeicher, der, jüngst um drei Meter erhöht, Bad Tölz und München weitestgehend vor dem Hochwasser schützte.

## Auch der Bau leidet

Der Aufbaubedarf verführt manche, von einer Sonderkonjunktur für die Bauwirtschaft zu sprechen. Dass dies an der Wirklichkeit vorbei geht, machte der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Prof. Dr. h.c. Ignaz Walter, bereits öffentlich deutlich. Große und kleine Bauunternehmen haben die Kompetenz, die anstehenden Aufbau- und Sanierungsarbeiten schnell und flexibel zu leisten. Die strukturellen Ursachen der Krise am Bau werden damit jedoch nicht beseitigt. Im Gegenteil: Das infrastrukturelle Rückgrat besonders Sachsens ist schwer angeschlagen, Unternehmen und Haushalte leiden an den Lasten der Flut. Dadurch kann sich aus dem regionalen Auftragschub schon bald eine regionale Flutrezession entwickeln.

## Die Finanzierung des Wiederaufbaus nach der Flut

### Verschiebung der Steuerreform ist Scheinlösung

Die Finanzierung des Wiederaufbaus ist nach wie vor nicht befriedigend gelöst. Die Verschiebung der Steuerreform 2003 ist eine Scheinlösung: Sie schadet der Wirtschaft, vor allem dem Mittelstand, verhindert so Wachstum und staatliche Einnahmen. Und die so erschlossenen Mittel stehen viel zu spät zur Verfügung. Die Bauindustrie fordert ein anderes Paket:

### Haushaltsspielräume ausschöpfen

Der Bundesfinanzminister darf unterbliebene Investitionen nicht als Haushaltsreste wieder einstreichen, sondern soll sie für die Fluthilfe zur Verfügung stellen. Volumen 2001: 1 Mrd. €.

### Die geheimen Sparkassen des Bundes

Haushaltsreste des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen 2001:

Eisenbahnen	734 Mio. €
Bundeswasserstraßen	88 Mio. €
Sozialer Wohnungsbau	16 Mio. €
Baubezogene Maßnahmen In Berlin und Bonn	126 Mio. €

### Bundesbankgewinne

2001	7.000 Mio. €
------	--------------

*Quelle: Hauptverband der Deutschen  
Bauindustrie*

### Streckung des Schuldenabbaus

Angesichts der Katastrophe ist es zu rechtfertigen, wenn die 7 Mrd. € Bundesbankgewinn nicht zur Schuldentilgung, sondern zur Nothilfe verwendet werden. ■



# Können wir uns vor Hochwasser schützen?

Professor Dr.-Ing. Theodor Strobl, TU München

## Hochwassersicherung ausbauen

Mit Sorge verfolgten wir alle die letzten Hochwasserereignisse auch an den bayerischen Flüssen. Allein in Bayern haben wir über 2000 km Hochwasserschutzdeiche und -dämme, von denen meines Wissens viele Bereiche dringend sanierungsbedürftig sind. Für ein technisch hoch entwickeltes Industrieland ist es nicht hinnehmbar, wenn bei jedem größeren (nicht extremen!) Hochwasserereignis Deichwachen der Wasserwirtschaftsämter, der Feuerwehr und anderer Hilfsorganisationen rund um die Uhr Fehlstellen melden und durch Sandsäcke sowie Kiesvorschüttungen ad hoc Sicherungen vorgenommen werden müssen. Dies kann kein Dauerzustand bleiben.

## Deichverteidigung weiter ausbauen

Seit dem Pfingsthochwasser 1999 wurden in Bayern einige Schutzdeiche erhöht, verbreitert und auch abgedichtet, doch nach wie vor weisen viele Deichstrecken an den großen Flüssen meines Wissens bedenkliche Fehlstellen auf, die sich im Hochwasserfall durch ein Aufweichen der Bauwerke und starken Wasserdurchtritt äußern – kurz nicht standsicher sind. Auch können diese Dämme dann nicht mehr befahren werden. Es fehlt somit auch eine Möglichkeit der effektiven Deichverteidigung. Diese Situation stellt eine ständige Bedrohung für die betroffenen Bewohner dar, wie beispielsweise die Verhältnisse an der Donau bei Ittling in der Nähe von Straubing gezeigt haben. Die Möglichkeit eines kompletten Versagens bei dem im Vergleich zur Elbe harmlosen ca. 20-jährlichen Donauhochwasser war hier zu besorgen.

## Zweckgebundenes 5-Jahres-Programm

Es ist daher dringender Handlungsbedarf gegeben. Ich schlage ein Fünf-Jahres-Programm vor zur Sanierung

der heute schon bekannten Fehlstellen, um die Sicherheit der Siedlungen und Infrastruktur in den betroffenen Siedlungsgebieten wieder herzustellen. Das Geld sollte zweckgebunden werden und nicht – wie in der Vergangenheit geschehen – bei Bedarf an anderen Brennpunkten (BSE) verwendet werden.



*Prof. Dr.-Ing. Theodor Strobl ist der Leiter des Lehrstuhls und der Versuchsanstalt für Wasserbau und Wasserwirtschaft der Technischen Universität München*

## Neue Schutzräume erschließen

Der Bürger hat ein Recht darauf, vor der ständig wiederkehrenden (berechenbaren) Hochwassergefahr durch nach dem Stand der Technik erstellte und unterhaltene Bauwerke geschützt zu werden. Neben der baulichen Sanierung der Deiche müssen auch neue Schutzräume gesucht werden. Hierfür stehen zwei Möglichkeiten zur Verfügung: Zum einen müssen vermehrt natürliche Retentionsräume entlang der Bäche und Flüsse ausgewiesen und zum anderen der Bau von Hochwasserrückhaltebecken in den Oberläufen der Flüsse ernsthaft verfolgt werden. In beiden Fällen können die benötigten Flächen in der bisherigen Nutzung belassen werden, weil diese nur im Hochwasserfall überflutet werden. Der Flächenbedarf ist jedoch bei

der Schaffung von Retentionsräumen im Vergleich zu Hochwasserrückhalte-sperren wesentlich größer und dürfte umfangreiche Umstellungen vom Ackerbau zur Grünlandwirtschaft bei landwirtschaftlich genutzten Flächen notwendig machen.

## Schutz der Menschen vor Einzelinteressen stellen

Ein Hinweis sei mir noch zu den notwendigen Rechtsverfahren gestattet. Der Schutz des Menschen vor Hochwasser muss bei der Güterabwägung eindeutig vor Naturschutzbelangen und Interessen einzelner Bürger stehen. Wenn notwendig, sollte der Gesetzgeber die einschlägigen Gesetze und Verordnungen ändern.

## Bauingenieure schützen vor Naturereignissen

Starkniederschläge sind Naturereignisse, die wir nur langfristig – wenn überhaupt – durch eine Änderung unseres Umweltverhaltens ändern können. Der Schutz vor den Auswirkungen dieser Naturereignisse ist jedoch eine Aufgabe, die sich Bauingenieure in unserem Kulturland schon immer stellten. Kein Mensch käme auf den Gedanken, ein Hochhaus bei einem Orkansturm zu räumen, nur weil es auf dieses äußerst seltene Extremereignis nicht bemessen ist.

## Umwelt- gegen Gefahrenschutz

Unsere Siedlungen sind jedoch schon bei immer häufiger auftretenden Flutereignissen gefährdet, weil wir es versäumen, vorhandene Schutzanlage der Gefahrensituation anzupassen und neue zu bauen. Hier droht ein völlig falsch verstandener Umweltschutz den Bauingenieur zu lähmen. Es darf in unserer Kulturlandschaft der Naturschutz nicht Vorrang haben vor dem Schutz des Menschen vor Hochwasser. ■

# Baurelevante Aktivitäten der bayerischen Wasserwirtschaft

Prof. Dr.-Ing. A. Göttle, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft, München

Die bayerische Wasserwirtschaftsverwaltung und mit ihr das Bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft als naturwissenschaftlich-technische Fachoberbehörde ist auf verschiedenen Gebieten der Wasserwirtschaft tätig, die u.a. auch Auswirkungen für die Bauwirtschaft haben. Sie ist Bauherr wichtiger Vorhaben, fördert solche Vorhaben bei Kommunen und erarbeitet im Vollzug der Umweltgesetze zukunftsorientierte Problemlösungen und Vorsorgestrategien.

## Hochwasserschutz

Schon das Hochwasserereignis in Bayern zu Pfingsten 1999 hat deutlich gemacht, welch hoher Stellenwert dem Hochwasserschutz zukommt. Die jüngsten Hochwasserereignisse haben das eindrücklich bestätigt, wobei sich die getroffenen Maßnahmen schon bewährt haben. Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen hat das Programm „Nachhaltiger Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2000 für Donau- und Maingebiet“ aufgestellt. Mit diesem Programm werden fachliche Ziele vorgegeben, alle Einzelaktivitäten an den Gewässern verschiedener Gewässerordnungen und verschiedener Projektträger zielgerichtet zusammengeführt und die daraus abzuleitenden Kosten bis 2020 aufgezeigt. Das Programm orientiert sich an der bayerischen „Drei-Säulen-Strategie“:

## Drei-Säulen-Strategie



Die Wasserrückhaltung in der Fläche – also im gesamten Einzugsgebiet, in den Auen und im Gewässer selbst – dient der Vergleichmäßigung des Abflusses, der Dämpfung von Hochwasserspitzen und der Verbesserung der Gewässerökosysteme. Ferner fördert sie die Grundwasserneubildung. Baurelevante Maßnahmen hierzu sind z.B. die Zurückverlegung von Deichen, die stärkere Vernetzung von Fluss und Aue und die Schaffung von Möglichkeiten für eine Überflutung der Aue.



Hochwasser an der Donau im Herbst 1998 (Mülhamer Schleife unterhalb von Deggendorf). Das Bild veranschaulicht die Bedeutung natürlicher Rückhalteräume  
Foto: K. Leidorf

Daneben müssen bebaute Gebiete und wichtige Infrastruktureinrichtungen durch technische Anlagen wie Deiche, Mauern, Flutmulden, Rückhaltebecken und Talsperren zuverlässig geschützt werden. Im „Deichnachrüstungsprogramm Bayern“ sollen deshalb bis zum Jahre 2008 alle Deiche mit der höchsten Sanierungspriorität nach den Regeln der Technik nachgerüstet werden. Ferner sind weitere Hochwasserrückhaltebecken für den örtlichen und überörtlichen Hochwasserschutz in Bau bzw. Planung. Technische Maßnahmen zum Schutz vor Muren, Lawinen und Steinschlag an Wildbächen im alpinen Raum werden konsequent weitergeführt.

Die weitergehende Hochwasservorsorge zielt darauf ab, das Schadenspotential zu verringern. Dazu gehört vor allem die Freihaltung von Überschwemmungsgebieten von Bebauung, aber auch die Bauvorsorge.

Bis zum Pfingsthochwasser 1999 betragen die jährlichen Aufwendungen des Freistaates Bayern für den Hochwasserschutz rd. 100 Mio. DM. Jetzt sind bis zum Jahr 2020 jährliche Investitionen von rd. 115 Mio. € vorgesehen, also mehr als das Doppelte.

Die Maßnahmen an Gewässern erster Ordnung (Gew. I) und Wildbächen sind i.d.R. in der Trägerschaft des Staates, für die an Gewässern zweiter und dritter Ordnung (Gew. II u. III) sind Bezirke und Gemeinden verantwortlich.

Der Zeit- und Kostenplan für die Umsetzung des Aktionsprogramms 2020 für Donau- und Maingebiet geht aus der folgenden Tabelle hervor.

## Zeit- und Kostenplan für die Umsetzung des Aktionsprogramms 2020 für Donau- und Maingebiet

Zeit- und Kostenplan – Erforderliche Finanzmittel/Jahr		
Hochwasserschutzmaßnahmen	Gew. I	51,1 Mio. €
	Gew. II und Gew. III	20,5 Mio. €
	Wildbäche	20,5 Mio. €
Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen		17,9 Mio. €
Hochwasserspeicher		5,1 Mio. €
<b>Summe:</b>		<b>115 Mio. €</b>

Insgesamt werden für die Realisierung des Programms vom bayerischen Umweltministerium bis 2020 rund 2,3 Mrd. € veranschlagt. Seit dem Pfingsthochwasser 1999 wurden bereits 357,9 Mio. € für den Hochwasserschutz aufgewendet.

### Sanierung von Abwasserkanälen

Der hohe Stand im Gewässerschutz an Flüssen und Seen in Bayern, wonach über 80 % aller Gewässer der Güteklasse II (mäßig belastet) oder einer besseren angehören, ist auf den konsequenten Ausbau von Kanälen und Kläranlagen zurückzuführen. Das Geschaffene gilt es zu sichern. Das Bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft beschäftigt sich deshalb u.a. auch mit dem Bedarf und den technischen Methoden der Kanalsanierung. Eine Erhebung zum Zustand der öffentlichen Kanalisationen in Deutschland durch die Abwassertechnische Vereinigung ergab, dass ca. 17 % der öffentlichen Kanalisation kurz- bzw. mittelfristig sanierungsbedürftig sind. Weitere 14 % weisen geringfügige Schäden auf und müssen langfristig saniert werden. Rechnet man diese Erhebungen für Bayern um, so ergibt sich bei einer Länge der öffentlichen Abwasserkanäle von ca. 75.000 km sowie geschätzten mittleren Kosten von 1162 DM/m ein kurz- bis mittelfristiger Sanierungsbedarf in Höhe von rd. 7,5 Mrd. € (siehe auch i.d. BBIV 10/2001).

Der Zustand der privaten Grundleitungen wird als deutlich schlechter als der der öffentlichen Kanalisation eingeschätzt. Bei ca. 40 % wird ein mittelfristiger Sanierungsbedarf gesehen. Für Bayern kann man eine Leitungslänge von 150.000 km privater Abwasserleitungen annehmen, die es zum Schutze des Grundwassers konsequent zu untersuchen und, wo nötig, zu sanieren gilt.

Für die Ableitung von Niederschlagswasser von befestigten Flächen werden zunehmend Verfahren der Bodenversickerung verfolgt anstelle der Ableitung in Kanäle. Ziel ist zum einen die Förderung der Grundwasserneubildung, die Freihaltung von Kläranlagen vor zu viel Fremdwasser und Verminderung des Bodenverbrauches. Ein Beispiel dafür ist die Versuchsanlage in der Stadt Augsburg an der Derchinger Straße, wo in Zusammenarbeit mit der Stadt Augsburg und dem LfW seit 1996 Untersuchungen mit verschiedenartigen sog. „Bewachsenen Bodenfiltern“ durchgeführt werden. Die hier entwickelten Methoden werden künftig bei der Siedlungs- und Straßenentwässerung verstärkt anzuwenden sein.

### Stand der kommunalen Abwasserbehandlung

In Bayern wird das Abwasser von 93 % der 12,2 Mio. Einwohner in knapp 3.000 kommunalen Kläranlagen mit einer Gesamtausbaupkapazität von 27,1 Mio. Einwohnerwerten (EW) gereinigt. Für alle Kläranlagen mit mehr als 10.000 EW hat die Neufassung der Abwasserverordnung vom 9.2.1999 eine dritte Reinigungsstufe zur Elimination der Nährstoffe Stickstoff und Phosphor vorgegeben. Davon sind in Bayern insgesamt 377 Kläranlagen betroffen. 2001 waren davon noch 57 Anlagen auf Stickstoffelimination und 12 Anlagen auf Phosphorelimination nachzurüsten (im Regelfall bis 2005). Die Umsetzung der Stickstoffelimination hängt stark von den Gegebenheiten des Einzelfalls ab. Dies reicht von technisch einfachen Optimierungen (z.B. der Belüftungseinrichtungen) über die Nachrüstung von Behandlungseinheiten unter Beibehaltung der bestehenden Bausubstanz bis hin zu kompletten Neubauten.

Für eine grobe Abschätzung des Investitionsvolumens kann man von folgenden Richtgrößen ausgehen:

■ Nachrüstung einer Fällungsanlage zur Phosphorelimination : rd. 100.000 € / Anlage

■ Nachrüstung der Stickstoffelimination rd. 100 €/EW.

Daraus resultieren geschätzte Gesamtaufwendungen von rd. 1,2 Mio. € für die Phosphorelimination und rd. 400 Mio. € für die Stickstoffelimination.

Etwa 900.000 Einwohner Bayerns sind derzeit nicht an öffentliche Anlagen angeschlossen. Für etwa 400.000 EW kann dieser Anschluss noch mit vertretbarem Aufwand hergestellt werden. Für das Abwasser der restlichen 500.000 EW muss auf Dauer die Entsorgung in rd. 100.000 privaten Kleinkläranlagen nach den Regeln der Technik sicher gestellt werden. In vielen Fällen werden hierzu Sanierungsmaßnahmen und die Nachrüstung einer biologischen Stufe erforderlich sein.

Eine Sondermaßnahme, die derzeit viel Beachtung findet, betrifft den Oberlauf der Isar. Dort wird die hygienische Situation im Wesentlichen durch Abwassereinleitungen beeinträchtigt. Durch die Nachrüstung von Abwasserdesinfektionsanlagen soll wieder Badewasserqualität erreicht werden. Die erforderlichen Gesamtinvestitionen für fünf Kläranlagen werden auf insgesamt 5 Mio. € geschätzt, wovon der Freistaat Bayern 3.5 Mio. € durch Förderung trägt. Der Wunsch zahlreicher Gemeinden und Städte in Bayern nach vergleichbarer Nachrüstung ist nicht mehr zu überhören.

### Wasserversorgung

Investitionen im Bereich der Wasserversorgung sind Aufgabe der Kommunen bzw. der Wasserversorgungsunternehmen. Entsprechend der bundesweiten Erhebungen wurden beispielsweise 2001 rd. 2.44 Mrd. € für die Wasserversorgung investiert, davon rd. ein Zehntel in Bayern. Die Aufteilung der Investitionen geht aus Bild 3 hervor. Die Entwicklung der Investitionstätigkeiten in den vergangenen Jahren lässt insgesamt keine Steigerung mehr erwarten, sondern stagniert auf hohem Niveau. Der künftige Investitionsbedarf in der bayerischen Trinkwasserversorgung wird auf 200 bis 250 Mio. € / Jahr geschätzt. Grundsätze der Wasserpreisbildung sind, einerseits die Kostendeckung herzustellen, aber andererseits auch unzumutbar



*In Neustadt a.d. Donau wurde beim Pfingsthochwasser 1999 nach dem Deichbruch das gesamte Poldergebiet bis zu 2 m hoch überflutet. Wo die Grenzen des technisch Machbaren erreicht sind, helfen weitergehende Versorgungsmaßnahmen zur Begrenzung der Schäden.*  
Foto: FFW Neustadt/Donau

hohe, sozial untragbare Belastungen der Verbraucher zu vermeiden. Bayern liegt mit einem mittleren Wasserpreis von 1,18 € unter dem Durchschnitt des Bundesgebietes – und das bei herausragender Qualität des Trinkwassers. Dies verdeutlicht auch die Notwendigkeit, die Kosteneinsparungspotentiale in der Wasserversorgung weiter zu ermitteln und in allen Bereichen zu nutzen.

### Folgerungen

Im Bereich der Wasserwirtschaft ist vieles geschaffen worden, doch noch keineswegs alles erledigt. Noch viele Aufgaben stehen an, die nicht zuletzt auch erhebliche Investitionen im Baubereich erfordern. Das alles dient letztlich der Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung und der Erhaltung und Wiedergewinnung einer intakten Umwelt. ■

# Das Elbe-Hochwasser

Katastrophenschutz durch Ingenieurskunst

**Den Wahltag vor Augen versprochen alle Politiker dasselbe: Eine Flutkatastrophe wie die im Osten sollen Anlieger von Flüssen und Bächen nicht noch einmal erleben müssen. Doch das jetzt verabschiedete Aktionsprogramm ist nach Ansicht von Experten unzureichend – die Ursachen werden nicht bekämpft.**

„Überall in Deutschland wächst die Hochwassergefahr, nur nicht an der Elbe.“ Drei Monate vor der Katastrophe war die Elbe für die Umweltschützer vom BUND noch das Paradies der Naturbelassenheit. Ein großer, sanfter Strom, dessen Flussauen der Öko-Verband in seinem Hintergrundpapier „Ökologischer Hochwasserschutz“ gelobt hatte. Anders als Rhein und Donau nicht durch Staustufen eingezwängt, war die Elbe in jüngerer Zeit stets zu zahm, um Schicksalsfluss zu werden.

Was nun? Seit dem Jahrhundert-Hochwasser wetteifern Politiker aller Couleur um den Titel des kühnsten Deichbauers, des gründlichsten Renaturierers. Die Wahl vor Augen versprechen alle dasselbe: Eine Katastrophe wie die im Osten sollen die Anlieger von Flüssen nicht noch einmal erleben müssen. Groß geschrieben wird dabei der „Ökologische Hochwasserschutz“, wie die große Flusskonferenz vergangenen Sonntag in Berlin gezeigt hat. Doch Experten bezweifeln, dass die Maßnahmen tatsächlich helfen werden.

## Den Flüssen mehr Raum geben?

Unter der Devise „Den Flüssen mehr Raum geben“ hat die Bundesregierung ökologische Maßnahmen an die Spitze ihres 5-Punkte-Programms zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes gestellt. In Überschwemmungsgebieten sollen keine Wohn- und Gewerbegebiete mehr ausgewiesen werden. Rückdeichungen und neue Polder sollen zusätzliche Überschwemmungsflächen schaffen. Bis 2003 werden zudem alle Flussbau-Maßnahmen zur Verbesserung der Schifffahrt gestoppt.

An der Elbe werden, da sind sich Experten einig, diese Maßnahmen wenig nützen. Derzeit stehen hier etwa 1.000 km<sup>2</sup> Überschwemmungsgebiete zur Verfügung. Da sich in Flutungszonen im Gegensatz zu Talsperren das Wasser nur meterhoch stauen lässt, sind erhebliche Flächen erforderlich, um überhaupt eine Wirkung zu erzielen.

„Schwer durchzusetzen im dicht besiedelten Deutschland“, gibt Heinz Engels, Leiter der Abteilung für Pegelwesen und mathematische Abflussmodelle in der Bundesanstalt für Gewässerkunde (BfG) in Koblenz, zu bedenken. Noch geringer ist der Effekt von Flussauen. Da sie mit dem Fluss in Verbindung stehen, werden sie bereits bei steigendem Wasser geflutet und können von der eigentlichen Hochwasserwelle nur noch wenig aufnehmen.

Ebenso wenig würde der nun gestoppte Ausbau der Elbefahrrinne nützen, erklärt Prof. Hans-B. Horlacher, Leiter des Instituts für Wasserbau und Technische Hydromechanik der Technischen Universität Dresden. Die geplanten Eingriffe seien marginal und hätten vor allem den Zweck, bei geringer Wasserführung der Elbe den Wasserstand in der Fahrrinne anzuheben. „Auf das Hochwassergeschehen hat das keinen Einfluss“, stellt er klar.

Dringend erforderlich hingegen sei eine Sanierung der Elbdeiche. Die Internationale Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) in Magdeburg hat Anfang 2001 eine „Bestandsaufnahme des vorhandenen Hochwasserschutzniveaus im Einzugsgebiet der Elbe“ vorgelegt. Danach

Wenn das Hochwasser an der Elbe eine Naturkatastrophe war, dann helfen dagegen weder ökologische Korrekturen am Fluss noch sogenannter Klimaschutz, sondern allenfalls klassische Ingenieurskunst. Neben stabilen Deichen ist dabei vor allem an Staumauern zu denken.

*Hans-Dieter Sauer, NZZ 29.8.2002*

weisen die Deiche auf rund 300 km Länge Schwachstellen auf. Nach den Berechnungen der IKSE würde eine Stabilisierung der Deiche etwa 450 Mio. € kosten.

Noch wichtiger jedoch – da sind sich viele einig – ist ein Ausbau der Talsperren. Die Ursache für die Jahrhundertflut waren extreme Regenfälle, hervorgerufen durch eine Wetterlage, die bei den Meteorologen unter Vb bekannt ist. Dabei erstreckt sich eine Tiefdruckrinne von der Adria bis nach Südkandinavien, was dazu führt, dass vom Mittelmeer um die Ostseite der Alpen herum feuchtwarme Luft nach Mitteleuropa strömt, die sich dann an den Gebirgskämmen abregnet.

Für Wasserbau-Experte Horlacher ist klar, dass vor allem im Erzgebirge der Hochwasserschutz ausgebaut werden muss. Neue Stauseen müssten gebaut bzw. bestehende vergrößert werden – wie etwa der Sylvensteinspeicher an der oberen Isar, der gerade rechtzeitig vor dem Pfingsthochwasser von 1999 um drei Meter erhöht worden war. So wurde München vor einer Katastrophe bewahrt, wie sie jetzt Dresden erleben musste.

Nach einer Karte des Deutschen Wetterdienstes (DWD) fielen vom 11. bis 13. August an der Nordflanke des Erzgebirges um die 200 mm Niederschlag. An der Station Zinnwald auf dem Kamm des Erzgebirges in 800 m Höhe waren es sogar 406 mm. Allein am 12. August wurde ein Drittel des normalen Jahresniederschlags registriert.



*Straßen- und Schienenschäden im Müglitztal*

Die gewaltigen Regengüsse führten in den steilen Tälern zu wahren Sturzfluten, die immense Verwüstungen anrichteten. Im Tal der Gottleuba verhinderte eine Talsperre mit mehreren Rückhaltebecken Schlimmeres. Das benachbarte Müglitztal dagegen, das ohne Hochwasserschutz ist, wurde völlig verwüstet.

Auch Zwickau verdankt laut Hans-Ulrich Sieber, stellvertretender Direktor der Landestalsperrenverwaltung von Sachsen, seine Unversehrtheit einer Talsperre: dem Stausee Eibenstock an der Zwickauer Mulde, mit einem Rückhaltevermögen von fast 6 Mio. m<sup>3</sup> die größte Talsperre im Erzgebirge. Die Talsperren Malter und Klingenberg an der Roten bzw. Wilden Weißeritz waren dagegen zu klein, um die Wassermassen zu fassen, und liefen nach einigen Stunden über.

Die Hauptmasse der Hochwasserwelle stammte jedoch aus der Moldau. An ihr ist zwischen 1950 und 1980 eine Kette von Talsperren errichtet worden – für die Naturschützer ein Beweis dafür, wie wirkungslos diese Art von Hochwasserschutz ist.

Doch ist die „Moldau-Kaskade“ nicht primär zum Hochwasserschutz errichtet worden. Sie dient vorrangig der Stromerzeugung. Deshalb werden von ihrem Gesamtstauraum – knapp 1,9 Mrd. m<sup>3</sup> – nur 87 Mio. m<sup>3</sup> zur Aufnahme von Hochwasser freigehalten. Immerhin konnte damit jetzt der maximale Durchfluss der Moldau in Prag von 5900 m<sup>3</sup>/s auf 5300 m<sup>3</sup>/s gesenkt werden. Auch Dresden profitierte davon: Ohne die Talsperren an der Moldau und den anderen tschechischen Flüssen wären noch höhere Wasserstände eingetreten.

Ob die Katastrophe auf den globalen Klimawandel zurückzuführen ist, bleibt umstritten. Laut Analysen des Instituts für Meteorologie der Universität Leipzig hat in den letzten 150 Jahren die Häufigkeit der sommerlichen Hochwasser an Elbe und Oder nicht zugenommen. Hochwasser im Winter sind sogar seltener geworden. „Es ist fraglich, ob Klimaschutz tatsächlich Hochwasserschutz für übermorgen ist, wie die Bundesregierung meint“, sagt der Leipziger Meteorologe Manfred Mudelsee. Unbeeinflusst vom Menschen produziere die Natur von Zeit zu Zeit Katastrophen. Er denkt vor allem an das Jahr 1342, als ganz Mitteleuropa vom Hochwasser heimgesucht worden war.

Klar ist nur: „Wir können uns gegen derartige Katastrophen weit besser wappnen“, wie Horlacher betonte. Dazu müsste die Gesellschaft aber bereit sein, die vorhandenen technischen Mittel einzusetzen, und dürfte ihr Heil nicht allein im ökologischen Hochwasserschutz suchen. ■

*Der hier abgedruckte Artikel stammt von Hans-Dieter Sauer, freier Journalist in Gräfelfing, und erschien zuerst in den vdi-Nachrichten vom 20.9.2002.*

# Unternehmensfinanzierung auf dem Prüfstand

## Veränderte Ratinganforderungen durch Basel II

*Die Entwicklung auf den europäischen und internationalen Finanzmärkten beeinflusst zunehmend auch die Kreditvergabepraxis in Deutschland. Schon lange vor dem Inkrafttreten der neuen Eigenkapitalrichtlinie – bekannt als Basel II – im Jahre 2006 müssen die Unternehmen mit einer risikogerechteren Zinsgestaltung rechnen. Für mittelständische Unternehmen ist es daher schon heute wichtig, sich gezielt auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten.*

*Der hier abgedruckte Beitrag stammt von **Prof. Dr. Jens Leker**, Geschäftsführender Direktor des Instituts für betriebswirtschaftliches Management an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster, [www.uni-muenster.de](http://www.uni-muenster.de).*

Die neue Eigenkapitalrichtlinie des Basler Bankenausschusses wird das Kreditgeschäft nachhaltig verändern. Ziel dabei ist, mehr Stabilität in die nationalen Finanzsysteme zu bringen. Der neue Ansatz besteht aus drei Säulen:

1. den quantitativen Eigenkapitalanforderungen,
2. der qualitativen Aufsicht durch nationale Behörden und
3. den Transparenzvorschriften.

### Ausfallrisiko und Rating gewinnen an Bedeutung

Die beiden letztgenannten Punkte sind vor allem für die Kreditinstitute von Bedeutung. Die Frage der quantitativen Eigenkapitalanforderungen betrifft hingegen auch die Kreditnehmer. Bisher (Basel I) ist es üblich, Kredite an Firmenkunden mit acht Prozent Eigenkapital zu hinterlegen. Die Ausfallrisiken spielen bei den Kreditkosten keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Spätestens mit Inkrafttreten von Basel II – in der Praxis jedoch schon heute spürbar – wird auch das Ausfallrisiko des Schuldners einen zunehmenden Einfluss auf die Zinsgestaltung haben. Eine zentrale Rolle nimmt hierbei das Unternehmensrating ein, da es die wirtschaftliche Lage von Unternehmen anhand vorgegebener Kriterien beurteilt und so im Ergebnis eine Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit erlaubt. Den Banken bleibt es selbst überlassen, ob sie auf eigene bankinterne Ratings oder aber auf externe Ratings von spezialisierten Agenturen zurückgreifen.

### Kommt es zum Kreditnotstand?

Welche Auswirkungen hat Basel II für die Finanzierung mittelständischer Unternehmen? Sicher war bisher nur, dass sich die Kreditvergabe zunehmend an der Risikobe-

wertung orientiert. In wieweit sich die Kosten für Fremdkapital erhöhen, blieb unklar. Eine Studie der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aus dem Herbst 2001 ist dieser Frage nachgegangen und zu besorgniserregenden Ergebnissen gekommen. Schon jetzt geben 32 % der 6.000 befragten Unternehmen an, dass die Kreditaufnahme schwieriger geworden sei. In der Baubranche ist die Entwicklung mit 43 % noch gravierender. Gründe für die Kreditablehnung sind neben der veränderten Geschäftspolitik der Banken vor allem eine zu geringe Eigenkapitalquote und unzureichende Sicherheiten. Diese Entwicklung kann nicht überraschen. Da die bisherige Eigenkapitalunterlegung der Kredite von acht Prozent im Durchschnitt auch nach Basel II erhalten bleiben soll, liegt auf der Hand, dass die Finanzierungskosten für einige ansteigen und für andere sinken müssen. Es kommt zu einer merklichen Ausdifferenzierung der Kreditkosten.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass die steigende Zahl von Insolvenzen in Deutschland bereits mit der verschärfte Kreditvergabepraxis der Banken in Verbindung gebracht wird. Auffällig ist auch, dass das traditionelle Hausbankprinzip an Bedeutung verliert und die Unternehmen verstärkt in den Wettbewerb um preisgünstiges Kapital treten.

### Besondere Betroffenheit am Bau

Die Bauindustrie ist dabei besonders betroffen: Fast jede zweite Pleite in den neuen Bundesländern betraf im vergangenen Jahr einen Baubetrieb. Den schwarzen Peter letztlich jedoch nur bei den Kreditinstituten zu suchen, wäre falsch. Vielmehr müssen sich die Unternehmen ebenfalls den gewandelten Bedingungen anpassen. Neben einer professionellen finanziellen Führung ist hier insbesondere der Ausbau der betrieblichen Rechenwerke zu einem aussagefähigen Planungs- und Kontrollinstrument zu fordern.

Eine Studie der PwC Deutsche Revision hat ergeben, dass ein Großteil der Unternehmen nur unzureichend auf die vom Unternehmensrating gestellten Informationsanforderungen vorbereitet ist. In der Bauindustrie haben bisher lediglich 14 % der Unternehmen Vorbereitungen für ein zukünftiges Rating getroffen. Branchenübergreifend gilt: Je kleiner das Unternehmen, desto geringer sind die Informationen. Laut KfW-Studie kennen über 70 % der Großunternehmen die Kriterien der Bonitätsprüfung ihrer Bank, bei kleinen Mittelständlern hingegen nicht einmal mehr die Hälfte.

### Der Fahrplan für Basel II:

- 2. Quartal 2003: Veröffentlichung des dritten Konsultationspapiers
- 3. Quartal 2003: Verabschiedung der endgültigen Eigenkapitalrichtlinie
- ab Anfang 2006: „Parallellauf“ von Basel I und II
- ab Ende 2006: alleinige Gültigkeit der neuen Eigenkapitalrichtlinien (Basel II)

Quelle: [www.bis.org](http://www.bis.org)

### Kriterien für das Unternehmensrating

Die neue Eigenkapitalrichtlinie nennt in ihrer derzeitigen Form bereits Kriterien, die bei der Risikobewertung von Unternehmen zur Anwendung kommen sollen. Die geforderten Informationen gehen deutlich über die Inhalte der Bilanz und des Jahresberichts hinaus. Wichtig sind vor allem

- die bisherige und prognostizierte Fähigkeit, durch Erträge Kredite zurückzuzahlen und den weiteren Finanzbedarf zu decken,
- die Kapitalstruktur, vor allem auch in Hinblick auf unvorhergesehene Umstände, die die Kapitaldecke aufzehren könnten,
- die Qualität der Einkünfte, beispielsweise der Grad, zu dem Einnahmen aus dem Kerngeschäft und nicht aus einmaligen Geschäften stammen,
- die Qualität und Verfügbarkeit von Unternehmensinformationen wie etwa dem testierten Jahresabschluss,
- der Zugang zu Fremd- und Eigenkapitalmärkten mit Hinblick auf die finanzielle Flexibilität des Unternehmens,
- die Qualität des Managements, auf neue Herausforderungen adäquat zu reagieren, sowie
- die Position innerhalb der Industrie und zukünftige Aussichten.

Diese neuen Anforderungen führen nicht nur zu einem Anpassungsprozess bei den Kreditgebern, sondern erfordern auch ein Umdenken bei den Kreditnehmern. Für Unternehmen wird es zunehmend wichtig, die genannten ratingrelevante Informationen in einer entsprechend transparenten Form bereit zu stellen, um die eigene Position bei Kreditverhandlungen zu stärken. Dabei ist es unerheblich, ob das Kreditinstitut seine Entscheidung auf Grundlage externer oder interner Ratings trifft.

### Investition in Human Capital

Das notwendige Rating-Fachwissen können sich Unternehmen mittels externer Berater beschaffen oder aber durch eine entsprechende Qualifizierung eigener Mitarbeiter im Unternehmen sichern. Die Vorteile eines eigenen Credit-Analysten liegen auf der Hand: Das Wissen ist jederzeit im Unternehmen verfügbar und ermöglicht so eine langfristige Strategie der Unternehmensfinanzierung.

### Ausbildungsmöglichkeiten und -inhalte

Das berufsbegleitende Ausbildungsprogramm zum DVFA-Credit-Analysten setzt hier an. Neben speziellem Rating-Wissen werden auch alternative Finanzierungsmöglichkeiten und moderne Formen der Strukturierung von Zahlungsströmen behandelt. Die Kursinhalte basieren auf Ergebnissen der DVFA-Kommission Rating Standards. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der kritischen Evaluierung der zum Einsatz kommenden Ratingsysteme. Die Lerneffekte werden durch die heterogene Teilnehmerstruktur des Kurses verstärkt, da die Mitarbeiter von Banken, mittelständischen Unternehmen, Kapitalanlagegesellschaften sowie Wirtschaftsprüfern und Beratungsagenturen jeweils eine eigene Perspektive in den Unterricht einbringen. Auf diese Weise können alle Aspekte des Ratings und der Unternehmensfinanzierung von unterschiedlichen Seiten beleuchtet werden.

Das gewonnene Wissen hilft Unternehmen, sich zielgerichtet auf unterschiedliche Anforderungen von Kreditgebern vorzubereiten. Darüber hinaus verbessert ein gutes Rating auch die Beziehungen zu Investoren und Geschäftspartnern. ■

Weitere Informationen über den Ausbildungsgang zum DVFA-Credit-Analysten sind im Internet abrufbar unter [www.dvfa.de](http://www.dvfa.de) oder können telefonisch angefordert werden: 06103 / 58 33-47.



# Junge Führungskräfte gezielt für Akquisition rüsten

Seminarangebot im BauindustrieZentrum Wetzendorf

### **Auch junge Führungskräfte müssen akquirieren**

Gerade junge Führungskräfte stehen heute in besonderer Verantwortung, einen eigenen Beitrag zur Auftragsbeschaffung zu leisten. Die Zeiten, in denen einzig der Chef oder Niederlassungsleiter für die Kundengewinnung zuständig waren, sind ein für allemal vorbei. Auch zählt die Ausrede nicht mehr, dass der Führungsnachwuchs erst gestandene Berufserfahrung nachweisen muss, um nach vielen Jahren in ernste Verhandlungen geschickt zu werden. Die Annahme, er sei mit Fachkenntnis ausreichend gewappnet, stellt sich schnell als Irrglaube dar, spätestens beim rhetorisch geschulten Kaufmann oder Juristen als „Gegenüber“.

### **Einbindung in Akquisition fördert Bauqualität**

Darüber hinaus lässt sich immer wieder feststellen, dass gerade jüngere Führungskräfte mehr Verantwortung übernehmen wollen und in den Prozess der Auftragsbeschaffung einbezogen werden wollen. Letztlich sind Serviceleistungen und das Übertreffen der Bauherrenenerwartungen echte Wettbewerbsvorteile. Die dafür erforderliche Identifikation mit „Extra-Wünschen“ kann aber um so leichter zustande kommen, je früher die Führungskraft in den Prozess der Auftragsbeschaffung eingebunden ist. Bei der Arbeitsausführung macht sich dies in einer reibungsloseren Zusammenarbeit und in der Qualität der Bauausführung bezahlt.

### **Vorbereitung tut not**

Es ist weniger der mangelnde Mut, der – übrigens nicht nur die jungen Führungskräfte – vom Akquirieren abhält, es ist oftmals die mangelnde Vorbereitung auf diese Aufgabe. Was in Hochschulen und Universitäten

erst zaghaft angeboten wird, nämlich Themen der Rhetorik, Verhandlungsstrategie und der Selbstmotivation, wird später den Alltag der Bauleiterin und des Bauleiters prägen: Gespräche führen, Verhandlungen zum Erfolg bringen und neue Auftraggeber für die eigene Bauunternehmung begeistern. Möchte das Unternehmen die Führungskräfte heute entsprechend wappnen, muss es sich selbst um die Qualifizierung des Kadern kümmern. Und genau dies tun immer mehr Bauunternehmen.

### **Bauunternehmen bilden Nachwuchs gezielt aus**

Gerade in der jetzigen Marktsituation entscheidet man sich, gezielt in die Weiterbildung der Nachwuchskräfte zu investieren. Die steigende Nachfrage nach entsprechenden Seminaren zum Beispiel am Bauzentrum Wetzendorf verdeutlicht diese Entwicklung. Junge Führungskräfte sollten auf die Akquisition gezielt und ausführlich vorbereitet werden. Dies geschieht in vier Bereichen:

■ **Fachliche Kompetenz:** Diese ist unbestritten die Basis und wird in Studium und Praxis vermittelt, allerdings – die Basis allein genügt nicht, um erfolgreich am Markt zu agieren.

■ **Persönliche Kompetenz:** Verkaufen kann man lernen. Es ist jedoch zunächst eine Frage der Selbstmotivation. Nur wenn ich selbst vom Unternehmen, vom Angebot, von meiner Person und vom Gewinnen überzeugt bin, kann ich andere überzeugen – und den Wert meiner Leistung sicher vertreten. Hier wird das eigene verkäuferische Potenzial geweckt.

■ **Soziale Kompetenz:** Als Zauberwort in aller Munde klingt sie schon allmählich abgedroschen, hat aber dadurch an Bedeutung nichts eingebüßt. Gute Geschäfte macht man nur, wenn man gut miteinander aus-

kommt. Die Frage: „Wie gehen wir mit Auftraggebern und Geschäftspartnern um?“ ist die grundlegende Frage in der Kundengewinnung. Diese Ebene positiv zu gestalten ist die große Aufgabe in der Akquisition.

■ **Methoden-Kompetenz:** Wie kann ich ein Gespräch wieder in den Griff bekommen, wenn der (potenzielle) Auftraggeber es in eine andere Richtung lenkt? Wie komme ich jetzt an meinen Wunschkunden heran? Wie kann ich Gesprächsrituale erkennen und entlarven und wie kann ich Einwände sicher behandeln? Bei der Beantwortung dieser Fragen geht es um das Handwerkszeug des Verhandeln, um Gesprächstechniken und deren Einsatz.

### **Menschen ändern ihr Verhalten**

Gezielte Weiterbildung im Bereich der Akquisition ist mehr als eine Modewelle. Während „alte Hasen“ von guten und schlechten Erfahrungen und Tricks immer berichten können, darf man dabei als junge Führungskraft nicht vergessen, dass sich in den vergangenen 15 Jahren die Menschen und ihr Verhalten komplett verändert haben. Wir haben es heute mit völlig anderen Kundentypen, Anforderungen und Verhaltensweisen zu tun als früher. Hierauf muss man vorbereitet sein, besonders wenn es um Terminvereinbarungen bei Wunschkunden und Einwandbehandlungen geht.

Gerade im Gespräch mit „Nicht-Technikern“ wird es wichtig, von der ersten Kontaktaufnahme an über die Bearbeitung der Ausschreibung und Präsentation des Angebotes bis hin zu Abnahme und Schlussrechnung das „gewisse Etwas“ erkennen zu lassen, das den positiven Unterschied zum Wettbewerb ausmacht. In diesen gesamten Prozess sollten und können die Nachwuchskräfte gezielt vorbereitet mit eingebunden werden. ■

i.d. BBIV 9/10/2002

# Baubetriebliches Wissen für Kaufleute

Weiterbildung im BauindustrieZentrum Stockdorf

## Gemeinsam an einem Strang ziehen

Für ein Unternehmen ist die Konzentration der Kompetenzen und Fähigkeiten eine Grundvoraussetzung, um in einem harten Wettbewerb zu bestehen. Daneben ist die Flexibilität und der Blick der Mitarbeiter über den Tellerrand der unmittelbaren Funktionsverantwortung hinaus Basis für Produktivität und Effizienz. Speziell in der Projektabwicklung und im Projektmanagement sind diese grundlegenden Eigenschaften sicherzustellen.

## Verknüpfung stärkt Verständnis

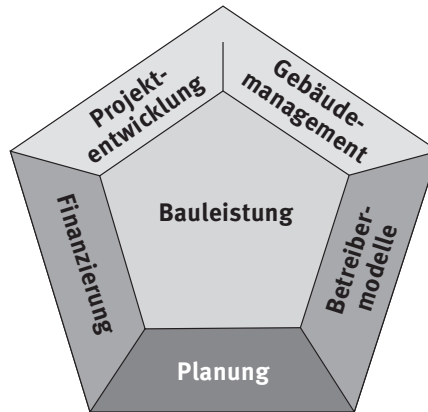
Die Zusammenarbeit richtet sich in den Unternehmen häufig nach den Abteilungen und den einzelnen Betriebsbereichen. Bei den einzelnen Projekten werden die Aufgabenstellungen auf Projektleitung, Arbeitsvorbereitung, Einkauf und Bauhof (Maschinentechnische Abteilung) zum einen und auf Buchhaltung, Fakturierung und Controlling zum anderen verteilt. Zwischen diesen Bereichen gibt es innerhalb der Prozesse eine Vielzahl von Verknüpfungen und Schnittstellen der technischen und kaufmännischen Tätigkeiten. Je intensiver diese Schnittstellen verbunden sind, um so mehr steigen Verständnis und übergreifende Sicht der auftauchenden Probleme und Aufgabenstellungen.

## Technische Kompetenz in nichttechnischen Bereichen

In der Vergangenheit wurden vermehrt die Anstrengungen dahin gelenkt, vor allem die technischen Bereiche zu schulen und betriebswirtschaftlich, kaufmännisch zu qualifizieren. Dadurch wurde wie in vielen anderen Bereichen, wie z.B. im Qualitätsmanagement, im Vertragsrecht, auf die technischen Führungskräfte abgehoben.

## Bauen heute:

**Kaufmännische und technische Leistung greifen ineinander**



Der Anspruch ist aber nicht ausschließlich in diesem Bereich zu sehen. Die hohen Anforderungen im Projektmanagement selbst lassen keine beliebige Steigerung in anderen Bereichen zu. Deshalb ist es wichtig, auch in den anderen Bereichen Kompetenz und Wissen um projektspezifische Abläufe und Vorgehensweisen zu steigern.

### Einige Zitate von Seminarteilnehmern

- Die praxisorientierten Beispiele haben sehr viel zum Verständnis des Themas beigetragen.
- Viele Anregungen für den beruflichen Alltag.
- Praxisnah und sehr informativ.

## Qualifizierung geht oft an Kaufleuten vorbei

Bei Betrachtung der kaufmännisch-technischen Schnittstelle ist eine hohe Quote an durchgeführten Qualifizierungsmaßnahmen für den technischen Bereich festzustellen. Die andere Schiene, also die Qualifizierung der Kaufleute in Bezug auf die baubetrieblichen Abläufe wurde bis jetzt nur wenig wahrgenommen. In den verschiedenen Berührungspunk-

ten zwischen Kaufmann und Techniker kann schon sehr viel dadurch erreicht werden, dass Verständnis geweckt wird und die Prioritäten, die Sichtweisen und die Handlungsweisen der Techniker geläufig werden. Erst in der Abstimmung erfolgt die Zielvereinbarung und damit das Aufnehmen desselben Strangs und auch das Ziehen in dieselbe Richtung.

Mit seinem bereits bewährten Seminar „Baubetriebliches Wissen für Kaufleute“ steht im BauindustrieZentrum Stockdorf ein auf diese Qualifikationsbedürfnisse spezifisch zugeschnittenes Angebot offen. ■

## Nähere Auskünfte:

BauindustrieZentrum Stockdorf,  
Dipl.-Ing. Bernhard Denk,  
Tel.: 089 / 89 96 38-12

*Nächster Termin für das Seminar „Baubetriebliches Wissen für Kaufleute“: 16. und 17.10.2002*

## Aktuelle Rechtsprechung

### **Nachtragsvereinbarung nach Drohung mit Baustopp (§ 254 Abs. 1 BGB)**

Wer die Beseitigung der Folgen aus einer nach widerrechtlicher Drohung eingegangenen Verpflichtung verlangen kann, ist grundsätzlich nicht dem Einwand des Mitverschuldens ausgesetzt.

*BGH, Urteil vom 13.9.2001 – Az.: VII ZR 415/99 (BauR 2002, 89 = Baurechts-Report 11/2001, 1)*

### **Einwendungsmöglichkeiten des Bürgen bei Inanspruchnahme nach § 648 a BGB im Urkundenprozess**

Der Bürge kann gegen seine Inanspruchnahme im Urkundenprozess nicht einwenden, dass eine Bürgschaftsvereinbarung auf erstes Anfordern gegen § 648 a Abs. 2 Satz 2, Abs. 7 BGB verstößt, weil diese Rechtsfrage noch weitgehend ungeklärt ist.

*BGH, Urteil vom 24.1.2002 – Az.: IX ZR 204/00 (IBR 2002, 193)*

### **Demontage von Baumaterialien wegen drohender Insolvenz als Eigentumsverletzung (§§ 823, 249BGB)**

**1.** Ein Bauhandwerker, der von ihm in dem Bauwerk seines Auftraggebers bereits montierte Abwasserrohe wegen dessen drohender Insolvenz wieder abmontiert und entfernt, macht sich wegen Verletzung des Eigentums des Auftraggebers nach § 823 Abs. 1 BGB schadensersatzpflichtig.

**2.** Der nach § 249 Satz 2 BGB zu ersetzende erforderliche Geldbetrag richtet sich grundsätzlich danach, was zur Wiederherstellung von dem Geschädigten bei wirtschaftlich vernünftigem Vorgehen aufgewendet werden muss; dabei darf jedoch das Risiko der Auswahl eines teuer und unwirtschaftlich arbeitenden Unternehmers in der Regel nicht vom Schädiger auf den Geschädigten abgewälzt werden.

*OLG Düsseldorf, Urteil vom 14.9.2001 – Az.: 22 U 46/01 (Baurecht 2002, 497)*

### **Vorsatz bei zweckwidriger Verwendung von Baugeld (§ 823 BGB; §§ 1, 5 GSB)**

Verstöße gegen § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Sicherung von Bauforderungen (GSB) führen über § 823 Abs. 2 BGB nur dann zur Schadensersatzpflicht, wenn sie vorsätzlich erfolgen.

*BGH, Urteil vom 13.12.2001 – Az.: VII ZR 305/99 (EBE/BGH 2002, 58 = IBR 2002, 127)*

### **AGB-Eigenschaft vorformulierter Bauvertragsbedingungen (§ 1 Abs. 1 AGB-Gesetz; § 305 Abs. 1 BGB n.F.)**

**1.** Vertragsbedingungen sind bereits dann für eine Vielzahl von Verträgen vorformuliert, wenn ihre dreimalige Verwendung beabsichtigt ist.

**2.** Eine in einem notariellen Vertrag enthaltene Allgemeine Geschäftsbedingung, mit der sich der Erwerber eines noch zu errichtenden Hauses der sofortigen Zwangsvollstreckung in sein gesamtes Vermögen unterwirft, und der Unternehmer berechtigt ist, sich ohne weitere Nachweise eine vollstreckbare Ausfertigung der Urkunde erteilen zu lassen, verstößt gegen § 9 AGB-Gesetz (seit 1.1.2002, § 307 BGB).

*BGH, Urteil vom 27.9.2001 – Az.: VII ZR 388/00 (NJW 2001, S. VIII)*

**1.** In Bauverträgen sind vorformulierte Vertragsbedingungen dann Allgemeine Geschäftsbedingungen, wenn der Verwender im Zeitpunkt des Vertragsschlusses die Absicht der Mehrfachverwendung hatte.

**2.** Vertragsklauseln, die auf Standardformulierungen eines Notars beruhen, sind nicht schon allein deshalb Allgemeine Geschäftsbedingungen.

**3.** Grundsätzlich muss der Vertragspartner des Verwenders, der sich auf den Schutz des AGB-Gesetzes beruft, die Voraussetzungen für das Vorliegen Allgemeiner Geschäftsbedingungen darlegen und beweisen.

**4.** Abweichend von diesem Grundsatz genügt der Erwerber seiner Darlegungslast schon durch die Vorlage des mit einem Bauträger abgeschlossenen Vertrages, wenn der Vertragspartner gewerblich als Bauträger tätig ist und der Vertrag Klauseln enthält, die typischerweise in Bauträgerverträgen verwendet werden.

*BGH, Urteil vom 13.9.2001 – Az.: VII ZR 487/99 (NZBau 2001, 682 = IBR 2001, 597)*

### **Keine Aufrechterhaltung einer unwirksamen AGB-Klausel zur Bürgschaft auf erstes Anfordern (§ 9 AGBG; §§ 307 BGB n.F., 765 BGB)**

Eine Allgemeine Geschäftsbedingung zum Sicherheitseinbehalt des Auftraggebers, die deshalb gegen § 9 AGBG verstößt, weil sie dem Auftragnehmer mit der Stellung der Bürgschaft auf erstes Anfordern keinen angemessenen Ausgleich gewährt, kann nicht im Wege inhaltlicher Änderung aufrecht erhalten werden.

*BGH, Urteil vom 22.11.2001, Az.: VII ZR 208/00 (IBR 2002, 73)*

## **Vertragsstrafe auch ohne Schaden des öffentlichen Auftraggebers? (§ 12 VOB/A)**

§ 12 Nr. 1 VOB/A steht der Vereinbarung einer Vertragsstrafe bei einem öffentlichen Auftraggeber nicht entgegen, wenn die abstrakte Möglichkeit besteht, dass eine Terminüberschreitung zu einem erheblichen Nachteil führt.

*OLG Naumburg, Urteil vom 8.1.2001 – Az.: 4 U 152/00 (IBR 2002, 6)*

## **Nachverhandlungsverbot (§ 24 Nr. 3 VOB/A)**

Reduziert der öffentliche Auftraggeber im Einverständnis mit einem Bieter einen Einzelpreis in dessen Angebot mit der Folge, dass der Bieter in der Gesamtwertung der Angebote eine günstigere Position einnimmt, so handelt es sich hierbei nicht um eine unschädliche „Klarstellung“ des Angebots, sondern um eine nachträgliche, nach § 24 Nr. 3 VOB/A unzulässige Preisänderung, die bei der Bewertung der Angebote nicht berücksichtigt werden darf.

*BGH, Urteil vom 6.2.2002 – Az.: X ZR 185/99*

## **Nachträgliches Anerkenntnis bei nicht beauftragten Leistungen? (§ 2 Nr. 8 Abs. 2 S. 1 VOB/B)**

Ein konkludentes Anerkenntnis von Leistungen im Sinne des § 2 Nr. 8 Abs. 2 S. 1 VOB/B liegt nicht darin, dass der Auftraggeber einen Sachverständigen oder Architekten mit der Prüfung der Abrechnung dieser Leistungen beauftragt.

*BGH, Urteil vom 6.12.2001 – Az.: VII ZR 452/00 (EBE/BGH 2002, 18 = IBR 2002, 125)*

## **Entfall von vereinbarten Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)**

**1.** Wenn der Auftraggeber eine ausbedungene Anzahlung erst nach Beginn der vereinbarten Ausführungsfrist leistet und der Auftragnehmer deshalb seine Arbeiten erst später aufnimmt, wird der vereinbarte Fertigstellungstermin ungültig.

**2.** Wird nach Vereinbarung eines Fertigstellungstermins der Auftragsumfang erheblich erweitert, so ist die Ausführungsfrist hinfällig; der Auftragnehmer kommt erst durch eine Mahnung in Verzug.

*OLG München, Urteil vom 27.6.2000 – Az.: 9 U 2810/99 (IBR 2001, 356); BGH-Nichtannahmebeschluss vom 10.5.2001 – Az.: VII ZR 368/00.*

## **Einwand mangelnder Prüfbarkeit gegen als prüfbar bezeichnete Schlussrechnung (§ 14 Abs. 1 VOB/B)**

Der Auftraggeber kann nicht pauschal den Einwand mangelnder Prüfbarkeit der Schlussrechnung erheben, wenn sein Planungsbüro die Schlussrechnung des Auftragnehmers über erbrachte Leistungen geprüft und als prüfbar bezeichnet hat.

*BGH, Urteil vom 22.11.2001 – Az.: VII ZR 168/00 (IBR 2002, 68)*

## **Formulärmäßige Verpflichtung zur Stellung einer Vertragserfüllungsbürgschaft auf erstes Anfordern in Bauverträgen unzulässig (§ 17 VOB/B)**

Die Verpflichtung eines Bauunternehmers in Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bestellers, zur Sicherung von Vertragserfüllungsansprüchen eine Bürgschaft auf erstes Anfordern zu stellen, ist unwirksam.

*BGH, Urteil vom 18.4.2002 – Az.: VII ZR 192/01 (EBE/BGH 2002, 210)*

## **Hemmung der Verjährung bei Anrufung der VOB-Schiedsstelle (§ 18 Nr. 2 VOB/B)**

Die Vereinbarung der Bauvertragsparteien über die Anrufung der VOB-Schiedsstelle beim Innenministerium kann zur Hemmung der Verjährung führen.

*BGH, Urteil vom 28.2.2002 – Az.: VII ZR 455/00 (BauR 2002, 979)*

## **Erlöschen der Vergütungsforderung des Unternehmers bei Zahlung des Bestellers an den Finanzfiskus im umsatzsteuerrechtlichen Abzugsverfahren (§ 18 UStG; §§ 51 ff. UStDV)**

**1.** Zahlt der Besteller eines Werks im umsatzsteuerrechtlichen Abzugsverfahren (§ 18 UStG, §§ 51 ff. UStDV) einen Teil der Vergütung an den Finanzfiskus, nachdem dieser die Steuerpflichtigkeit der Vergütungsforderung nach deutschem Recht festgestellt und den Besteller bei Meidung eines Haftungsbescheids (§ 55 UStDV) zur Zahlung aufgefordert hat, so erlischt die Vergütungsforderung des Unternehmers in dem Umfang, in dem der Besteller die Vergütung für Rechnung des Unternehmers zur Tilgung von dessen Steuerschuld verwendet.

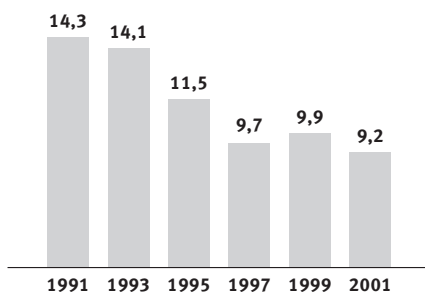
**2.** Die Erfüllungswirkung tritt auch dann ein, wenn die umsatzsteuerrechtliche Rechtslage zur Zeit der Zahlung an den Steuerfiskus ungeklärt ist.

*BGH, Urteil vom 17.7.2001 – Az.: X ZR 13/99 (NZBau 2001, 625)*

### Deutscher Staatskonsum: Auf Kosten der Zukunft

Die Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen haben im Jahr 2001 nahezu die 1.000-Milliarden-Euro-Marke erreicht. Da sie im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung zulegen, verharrte die Staatsquote – der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt – auf dem hohen Niveau von 48,4 %. Besorgnis erregend ist die Entwicklung der für das zukünftige Wirtschaftswachstum wichtigen Investitionen: Gegenüber 1991 hat der Staat zuletzt 5 Mrd. € weniger für die Infrastruktur und ähnliche Zwecke aufgewendet.

#### Investitionen in Prozent des Konsums – in Mrd. Euro



Dagegen kletterte der Staatskonsum, zu dem vor allem die Personalausgaben in den Bereichen Verwaltung, Bildung, Gesundheit usw. zählen, in den vergangenen zehn Jahren um 105 Mrd. €. Gab die öffentliche Hand in 1991 mit jedem investierten Euro „erst“ 7 € für Verbrauchszwecke aus, betrug das Verhältnis 2001 bereits nahezu eins zu elf.

Quelle: *iwd* 25/02

### Bauindustrie pro Transrapid

Ein Positionspapier der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft – in enger Zusammenarbeit mit dem BBIV entstanden – beschreibt klar die Vorteile des bayerischen Transrapid-Projektes: verkehrspolitisch, systemtechnisch, als Standortprojekt und in seinen Beschäftigungswirkungen. Das Papier finden sie unter [www.bauindustrie-bayern.de](http://www.bauindustrie-bayern.de)

### Centrum für Deutsches und Internationales Baugrund- und Tiefbaurecht

#### Unsicheres kalkulierbar machen

Neu ins Leben gerufen wurde ein Centrum für Deutsches und Internationales Baugrund- und Tiefbaurecht in Schrobenhausen. Die Gründer – Prof. Dr. jur. Axel Wirth und RA Josef Grauvogel – führen dafür drei Gründe an:

- Weil die Probleme aus und mit dem „Baustoff Baugrund“ im Interesse der Auftraggeber und Auftragnehmer gründlicher wissenschaftlicher und praktischer Aufarbeitung bedürfen.
- Weil Baugrund- und Tiefbaurechtsfälle für die gesamte Volkswirtschaft eine große Belastung darstellen, die es zu minimieren gilt.
- Weil die Unsicherheiten aus dem Baugrund niemals ganz ausgeschlossen, dafür aber die rechtlichen Konsequenzen hieraus überschaubar und kalkulierbar gemacht werden können.

Mehr: [www.cbtr.de](http://www.cbtr.de)

### Tarifliche Zusatzrente Bau: SOKA-BauRente ZukunftPlus

#### Über 1.600 Firmenverträge

Nach Angaben der SOKA-BAU haben bisher 1.600 Baufirmen für über 15.000 Arbeitnehmer die BauRente von SOKA-BAU vereinbart, darunter auch die zehn größten deutschen Baukonzerne.

#### Finanzielle Vorteile

Die Vorteile der SOKA-BauRente liegen auf der Hand: Einsparung von Sozialversicherungsabgaben bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Garantiezins in Höhe von 3,5 %, durchgängige Bruttorendite in den letzten zehn Jahren in Höhe von 7 %, hohe Immobilienabsicherung der Versicherungen, keine Nebenkosten wie Abschlussprovision, Dividende an Aktionäre oder Gewinnausschüttung. Die Entscheidung für eine tarifliche Zusatzrente und der Verzicht auf den Arbeitgeberbeitrag im Rahmen der vermögenswirksamen Leistungen ermöglichen einen Arbeitgeberbeitrag zur Altersversorgung in Höhe von 30,68 € im Monat bei einer Selbstbeteiligung des Arbeitnehmers mit weiteren 9,20 €.

#### Repräsentative Umfrage bringt SOKA-BAU gute Werte

Gut bewertet sieht sich die SOKA-BAU in einer erstmaligen repräsentativen Kundenbefragung, an der sich 2.600 Baubetriebe beteiligten. Insgesamt bewerteten 65,2 % der Betriebe die SOKA-BAU gut, 9,5 % zeigten sich sehr zufrieden. Positiv gesehen wird insbesondere die Freundlichkeit der Mitarbeiter, die Korrespondenz und die Gestaltung der Informationsmaterialien.

Mehr: [www.soka-bau.de](http://www.soka-bau.de)

Wir übermitteln unsere  
herzlichsten Glückwünsche

### Dipl.-Ing. Horst Klee

Geschäftsführender Gesellschafter  
der WEG Verwaltungs-GmbH, Hof

Bundesverdienstkreuz am Bande  
überreicht am 31.7.2002

Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet wurde der Hofer Bauunternehmer und Vorsitzende des Bezirksverbandes Oberfranken des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Dipl.-Ing. Horst Klee. Klee wirkt seit 25 Jahren führend in den Gremien des Bayerischen Bauindustrieverbandes mit. Neben dem Bezirksvorsitz, den er seit 1988 innehat, verantwortet er seit 1997 als Vorsitzender der Sozialpolitischen Ausschusses des BBIV die Tarifpolitik der Bayerischen Bauindustrie. In dieser Eigenschaft gilt sein besonderes und erfolgreiches Engagement der Angleichung der Tarifbedingungen in Bayern und Deutschland. Klee leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Bauwirtschaft.

Große Verdienste um die Aus- und Weiterbildung der Bauwirtschaft hat sich Klee seit 1991 als stellvertretender Vorsitzender des Vereins für Bau- forschung und Berufsbildung des BBIV erworben. Beispielhaft für sein hohes Engagement außerhalb der Bauindustrie stehen sein über 20-jähriges Engagement in der Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung sowie Mitgliedschaften im Industrie- und Handelsgremium seiner Heimatstadt Hof und im Vorstand der Bezirksgruppe Bamberg-Bayreuth der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft.

In der Laudatio anlässlich der Übergabe der Ordensinsignien betonte der bayerische Umweltminister Dr. Werner Schnappauf: „Sehr geehrter Herr Klee, in Ihrer Funktion als Bezirksvorsitzender Oberfranken des Bayerischen Bauindustrieverbandes haben Sie es vermocht, zwischen privaten und öffentlichen Auftraggebern einerseits und den Auftragnehmern der Bauindustrie ein Klima gegenseitigen Vertrauens aufzubauen. Ihre Überzeugungskraft und Weitsicht haben wesentlich zum Gedeihen der Wirtschaftsregion Oberfranken beigetragen.“

Wir übermitteln den Jubilaren  
unsere herzlichsten Glückwünsche

Dipl.-Ing. Siegfried Eckert  
Gesellschafter der Hosp & Kögel  
GmbH & Co. KG, Augsburg

65. Geburtstag am 6.11.2002

Helmuth Richthammer  
Niederlassungsleiter und  
Geschäftsführer der  
Alfred Kunz GmbH, Amberg

60. Geburtstag am 11.11.2002

## Seminare – Veranstaltungen



**BauindustrieZentrum München-Stockdorf**  
Tel.: 089/89 96 38 - 11



**BauindustrieZentrum Nürnberg-Wetzendorf**  
Tel.: 0911/9 93 43 - 43

**8.10.2002**

Die neue VOB/B 2002 und die wichtigsten neuesten Urteile für die Bauvertragspraxis

**16.10./17.10.2002**

Baubetriebliches Grundwissen für Kaufleute

**30.10./31.10.2002**

Zukunftssicherung in Bauunternehmen durch strategische Marktbearbeitung

**14.11./15.11.2002**

Besprechungen erfolgreich steuern  
– Moderationstechniken gezielt einsetzen

**18.11.2002**

Marketing und Werbung in Bauunternehmen

**25.11. bis 28.11.2002**

Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator nach Baustellenverordnung – Spezielle Koordinatorenkenntnisse

**25.11. bis 30.11.2002**

Schlüsselfertiges Bauen für Baustellenführungskräfte (Poliere), Modul 2 – Ablaufsteuerung

**9.12.2002**

Angebotserstellung und Nachfassen

**13.2./14.2.2003**

Wirtschaftlichkeit durch Optimierung

**22.10.2002**

Gekonnte Akquisition – Einstiegsseminar für junge Führungskräfte

**24.10./25.10.2002**

VOB-gerechter Schriftverkehr des Bauleiters

**7.11.2002**

Basel II und Rating – Chancen und Risiken für die Bauwirtschaft, was tun?

**13.11.2002**

Steuerung des Bilanzergebnisses durch die optimale Bewertung halbfertiger Baustellen im Jahresabschluss

**13.11.2002**

Mitarbeitergespräch

**25.11./26.11.2002**

Abnahme und Gewährleistung nach VOB und BGB

**27.11.2002**

Weiterbildung für SIVV-Schein-Inhaber

**29.1./30.1.2003**

Zeitgemäße Mitarbeiterführung – mit Motivation zu Höchstleistungen

**3.2./4.2.2003**

Verhandlungsführung mit Nachunternehmern

**13.2./14.2.2003**

Der Polier – Visitenkarte unserer Bauunternehmung



# Zahlen zur Lage der Bauwirtschaft in Bayern

## Bauleistung

Bauproduktion <sup>1)</sup> Geleistete Arbeitsstunden (in 1000)		Gegenüber Vorjahresmonat		Jan. bis Juli 2002 gegenüber Vorjahr	
	Juli 2002				
Bauhauptgewerbe	19.085	-	5,8 %	-	8,5 %
Wohnungsbau	8.445	-	5,9 %	-	7,8 %
Wirtschaftsbau	5.043	-	4,3 %	-	8,9 %
Öffentlicher Bau insg.	5.597	-	7,1 %	-	9,1 %
davon Öff. Hochbau	1.241	-	12,7 %	-	10,2 %
Straßenbau	2.108	-	5,9 %	-	6,4 %
Sonst. Tiefbau	2.248	-	4,9 %	-	10,6 %

Produktionsindex <sup>1)</sup> (arbeitsstg.) 1995 = 100		Gegenüber Vorjahresmonat		Jan. bis Juli 2002 gegenüber Vorjahr	
	Juli 2002				
Bauhauptgewerbe	100,6	-	6,0 %	-	4,8 %
Hochbau	95,1	-	7,2 %	-	5,4 %
Tiefbau	113,6	-	3,4 %	-	3,6 %

Umsatz <sup>1)</sup> ohne MwSt. in Mio. €		Gegenüber Vorjahresmonat		Jan. bis Juli 2002 gegenüber Vorjahr	
	Juli 2002				
Bauhauptgewerbe	1.577,7	-	8,9 %	-	5,2 %
Wohnungsbau	558,0	-	6,5 %	-	5,9 %
Wirtschaftsbau	538,8	-	1,5 %	-	3,0 %
Öffentlicher Bau insg.	480,9	-	18,2 %	-	7,1 %
davon Öff. Hochbau	108,2	+	1,2 %	+	1,6 %
Straßenbau	184,3	-	14,6 %	-	0,8 %
Sonst. Tiefbau	188,4	-	16,2 %	-	11,7 %

## Lohnkosten

Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup> in €		Gegenüber Vorjahresmonat		Jan. bis Juli 2002 gegenüber Vorjahr	
	Juli 2002				
Lohnsumme je gel. Arbeitsstunde	14,36	+	1,3 %	+	0,4 %
Gehaltssumme je Angestellten	3.144	+	1,9 %	+	2,1 %
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten	2.366	+	4,9 %	+	1,5 %

- 1) Vorläufige Ergebnisse;
- 2) Nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten
- 3) Preisbereinigt mit den in dieser Gliederung nur für das Bundesgebiet vorliegenden Preisangaben; insoweit vorläufige Werte
- 4) Offene Stellen und Arbeitslose Bauhauptgewerbe  
Kurzarbeiter Baugewerbe

Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung  
ifo-Institut für Wirtschaftsforschung  
Landesarbeitsamt Bayern

## Baunachfrage

Auftragseingang <sup>1/2)</sup> Inland in Mio. €		Gegenüber Vorjahresmonat		Jan. bis Juli 2002 gegenüber Vorjahr	
	Juli 2002				
<b>nominal</b>					
Bauhauptgewerbe	919,9	-	22,1 %	-	7,4 %
Wohnungsbau	211,6	-	21,4 %	-	16,3 %
Wirtschaftsbau	290,9	-	41,9 %	+	0,2 %
Öffentlicher Bau insg.	417,4	+	1,4 %	-	9,3 %
davon Öff. Hochbau	82,4	-	30,8 %	-	13,3 %
Straßenbau	173,9	+	18,6 %	+	3,6 %
Sonst. Tiefbau	161,2	+	10,5 %	-	16,4 %
<b>preisbereinigt<sup>3)</sup> (real)</b>					
Bauhauptgewerbe	•	-	21,6 %	-	7,0 %
Wohnungsbau	•	-	21,0 %	-	15,7 %
Wirtschaftsbau	•	-	41,6 %	+	0,7 %
Öffentlicher Bau insg.	•	+	2,0 %	-	8,8 %
davon Öff. Hochbau	•	-	30,4 %	-	12,8 %
Straßenbau	•	+	19,2 %	+	4,1 %
Sonst. Tiefbau	•	+	11,1 %	-	15,8 %

Baugenehmigungen für Hochbauten in 1000 m <sup>3</sup> Rauminhalt		Gegenüber Vorjahresmonat		Jan. bis Juli 2002 gegenüber Vorjahr	
	Juli 2002				
Wohngebäude	3.067	-	4,6 %	-	6,9 %
Wirtschaftsgebäude	3.697	-	24,8 %	-	14,4 %
Öffentliche Gebäude	479	+	42,1 %	-	6,8 %

Auftragsbestände Bauindustrie			
Reichweite in Monaten	Sept. 2002	Aug. 2002	Sept. 2001
Bauindustrie	2,3	2,6	2,7
Wohnungsbau	1,9	2,0	1,7
Wirtschaftsbau	2,7	2,9	3,6
Öffentlicher Bau insg.	2,1	2,6	2,4
davon Öff. Hochbau	1,9	2,7	2,0
Straßenbau	1,9	2,0	2,3
Sonst. Tiefbau	2,5	3,1	2,8

## Arbeitsmarkt

Beschäftigte Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup> Monatsdurchschnitt		Gegenüber Vorjahresmonat		Jan. bis Juli 2002 gegenüber Vorjahr	
	Juli 2002				
Tätige Inh., Mitinhaber	11.816	-	5,3 %	-	4,8 %
Kaufm. u. techn. Angestellte	29.301	-	6,2 %	-	5,7 %
Facharbeiter	80.978	-	9,3 %	-	9,0 %
Fachwerker	25.261	-	11,3 %	-	9,5 %
Gewerbl. Auszubildende	7.398	-	13,6 %	-	11,8 %
Insgesamt	154.754	-	9,0 %	-	8,3 %

Arbeitsmarkt <sup>4)</sup>			
Monatsende	Offene Stellen	Arbeitslose	Kurz- arbeiter
August 2002	1.340	13.004	1.434
August 2001	1.726	10.566	877
August 2000	2.794	9.318	749
August 1999	3.282	10.629	453



Informationsdienst  
des Bayerischen  
Bauindustrieverbandes e.V.  
Sept./Okt. 02 · 47. Jahrgang

**9/10**

**80331 München**

Oberanger 32  
Telefon 0 89/23 50 03-0  
Telefax 0 89/23 50 03-70  
Postanschrift:  
Postfach 33 02 40  
80062 München  
[info@bauindustrie-bayern.de](mailto:info@bauindustrie-bayern.de)

**90403 Nürnberg**

Katharinengasse 24  
Telefon 09 11/99 20 70  
Telefax 09 11/9 92 07 30  
[info.nuernberg@bauindustrie-bayern.de](mailto:info.nuernberg@bauindustrie-bayern.de)

**93047 Regensburg**

Hemauerstraße 6/IV  
Telefon 09 41/5 48 90  
Telefax 09 41/5 31 96  
[info.regensburg@bauindustrie-bayern.de](mailto:info.regensburg@bauindustrie-bayern.de)

**86150 Augsburg**

Gratzmüllerstraße 3/II  
Telefon 08 21/3 62 60  
Telefax 08 21/15 09 52  
[info.augsburg@bauindustrie-bayern.de](mailto:info.augsburg@bauindustrie-bayern.de)

**95030 Hof**

Ernst-Reuter-Straße 121  
Telefon 0 92 81/86 00 23-44  
Telefax 0 92 81/86 00 23-42  
[info.hof@bauindustrie-bayern.de](mailto:info.hof@bauindustrie-bayern.de)

[www.bauindustrie-bayern.de](http://www.bauindustrie-bayern.de)